

# Berichte



2015

Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Standpunkte des Difu

# 3

Deutsches Institut für Urbanistik

	<b>Standpunkt</b>		
2	Mehr Umweltgerechtigkeit in unseren Städten schaffen!	15	Planspiel zur Städtebaurechtsnovelle 2016
	<b>Forschungsergebnisse und Veröffentlichungen</b>	15	Monitor Nachhaltige Kommune
4	OB-Barometer 2015: Flüchtlingsunterbringung vorrangige Aufgabe	16	Praxisratgeber „Klimaanpassung und Klimaschutz für Bauherren“
5	Städte auf Nachhaltigkeitskurs	16	Dokumentationsserien des Difu
6	Wirkungsorientierte Steuerung in Kommunen		<b>Veranstaltungen und Fortbildung</b>
7	Spannungsfeld Elektromobilität	17	Interkommunaler Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung
8	Empfehlungen für integrierte Lärmaktionsplanung in Kommunen	18	Difu-Fortbildungsprogramm 2016
9	Klimaanpassung in die Verwaltung integrieren	20	Difu-Ansprechpartnertreffen 2015
10	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in der Kinder- und Jugendhilfe	21	Jugendarbeit: Anschluss an Debatten und Prozesse nötig
11	Zusatzausbildung technisches Referendariat	22	Planung und Genehmigung unter Beachtung der Seveso-Richtlinie
	<b>Neue Projekte</b>	23	Das aktuelle europäische Beihilferecht in der Praxis
12	Innovative Suchtprävention vor Ort	24	EU-Mobilitätspolitik: Förderprogramme verstehen und nutzen
13	Klimaschutzmaßnahmen der Kommunen werden gefördert	25	Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte
14	Leitlinien zur Bürgerbeteiligung der Stadt Köln		<b>Weitere Rubriken</b>
14	Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten	25	Difu-Intern: Abschied und Neubeginn
		27	Neu im Difu-Inter- und -Extranet
		28	Difu aktiv-Ticker
		29	Mediennachlese
		31	Impressum, Bestellschein

# Mehr Umweltgerechtigkeit in unseren Städten schaffen!



Christa Böhme  
Foto: David Ausserhofer



Thomas Preuß  
Foto: David Ausserhofer

## Chancengleichheit bei Umwelt und Gesundheit?

Wer kennt sie nicht, die Wohnlagen an lauten Hauptverkehrsstraßen mit hoher Feinstaubbelastung und wenig Grün vor der Haustür? Wohnen möchte hier kaum einer! In schrumpfenden Städten stehen diese Wohnungen daher häufig leer. In wachsenden Städten dagegen sind auch diese Wohnlagen aufgrund des angespannten Wohnungsmarkts nachgefragt. Oft sind dies Haushalte, die sich aufgrund ihres geringen Einkommens Wohnstandorte in besseren Lagen nicht leisten können.

Mehrere Untersuchungen belegen den räumlichen Zusammenhang von niedrigem Sozialstatus und höheren Umweltbeeinträchtigungen. Dazu zählen Lärm, Luftschadstoffe, mangelnde Ausstattung mit Grün- und Freiflächen sowie bioklimatische Belastungen. Nicht selten sind hiervon ganze Quartiere betroffen. So wurden in Berlin unter Federführung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt mittels einer kleinräumig orientierten und indikatorbasierten Umweltbelastungsanalyse zahlreiche Gebiete – vor allem Quartiere in der Innenstadt – identifiziert, die mehrfach umweltbelastet sind und zudem eine problematische Sozialstruktur aufweisen.

Gleichzeitig zeigen verschiedene Untersuchungen, dass bei Menschen mit geringem Einkommen und niedrigem Sozialstatus eine Tendenz zur stärkeren gesundheitlichen Beeinträchtigung (u.a. Herzkreislauf- und Atemwegserkrankungen, Schlafstörungen) durch negative Umwelteinflüsse besteht.

## Soziale Lage, Umwelt und Gesundheit räumlich zusammendenken!

Vor dem Hintergrund des räumlichen Zusammenhangs von niedrigem Sozialstatus, geringer Umweltqualität und höheren Gesundheitsrisiken ist es notwendig, die Schnittstellen von Stadtentwicklungs-, Sozial-, Umwelt- und Gesundheitspolitik in den Städten stärker als bisher in den Blick zu nehmen. Für ein solches Zusammendenken von sozialer Lage, Umwelt und Gesundheit steht Umweltgerechtigkeit. Umweltgerechtigkeit zielt auf die Vermeidung und den Abbau der sozial-räumlichen Konzentration gesundheitsrelevanter Umweltbelastungen sowie die Ge-

währleistung eines sozialräumlich gerechten Zugangs zu Umweltressourcen. Ziel ist es, sozialraumorientiert umweltbezogene Gesundheitsbeeinträchtigungen zu vermeiden und zu beseitigen sowie bestmögliche umweltbezogene Gesundheitschancen herzustellen.

Umweltgerechtigkeit verbindet damit klassische Ziele des gesundheitsbezogenen Umweltschutzes im Sinne der Vermeidung oder Beseitigung von Umweltbelastungen mit dem aus dem Gleichheitsgrundsatz und dem Sozialstaatsprinzip abgeleiteten Ziel eines sozialgerechten Zugangs zu einer möglichst gesunden Lebensumwelt.

## Thema Umweltgerechtigkeit findet zunehmend Beachtung

Seinen Ursprung hat das Thema Umweltgerechtigkeit in den USA. Hier entstand in den 1980er-Jahren die Environmental Justice-Bewegung, die maßgeblich durch die von Umweltbelastungen besonders betroffenen afro-amerikanischen Bevölkerungsgruppen getragen wird. In Deutschland erfährt das Thema erst in den letzten zehn Jahren zunehmend an Aufmerksamkeit – auch wenn bereits Anfang des 20. Jahrhunderts der Zusammenhang zwischen Armut, ungünstigen Wohnverhältnissen und erhöhter Sterblichkeit thematisiert wurde und die „Charta von Athen“ mit dem Primat von Funktionstrennung und von „Licht, Luft und Sonne“ als Standard für alle Bürger – unabhängig vom Einkommen – den deutschen Nachkriegs-städtebau entscheidend geprägt hat.

Während Umweltgerechtigkeit in Deutschland zunächst vor allem in der Wissenschaft auf Interesse stieß, beschäftigt sich in jüngerer Zeit auch die Fachpolitik mit dem Thema. So haben das Umweltbundesamt (UBA) und das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) mehrere Forschungsvorhaben zur Umsetzung von Umweltgerechtigkeit auf kommunaler Ebene gestartet. Im Masterplan Umwelt und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen ist Umweltgerechtigkeit als ein Schwerpunktthema gesetzt und das Land Berlin hat ein kleinräumiges Umweltgerechtigkeitsmonitoring entwickelt und implementiert. Gleichwohl muss trotz dieser Aktivitäten konstatiert werden: In den Kommu-

### Seminarhinweis:

Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum – soziale Lage, Umweltqualität und Gesundheit zusammen denken!

12.–13. November 2015, Berlin

<http://bit.ly/1ij82kL>

nen ist das Thema Umweltgerechtigkeit noch nicht wirklich angekommen; eine kommunale Agendasetzung steht noch aus.

### **Umweltgerechtigkeit: Mehrwert für Kommunen?**

Für eine erfolgreiche Agendasetzung der Umweltgerechtigkeit in den Kommunen muss zunächst die Frage beantwortet werden, warum es für Kommunen sinnvoll sein kann, sich mit dem Thema Umweltgerechtigkeit auseinanderzusetzen. Hierfür gibt es eine Reihe von guten Argumenten:

- Umweltgerechtigkeit leistet einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität und Schaffung von gesunden Lebensbedingungen in der Stadt.
- Umweltgerechtigkeit trägt zur Schaffung einer ausgewogenen Stadtstruktur und eines sozialen und gesellschaftlichen Ausgleichs bei (Chancengleichheit bei gesundheitsrelevanten Umweltbedingungen).
- Umweltgerechtigkeit führt die Politikbereiche Umwelt, Gesundheit, Soziales und Stadtentwicklung zusammen und fördert daher integrierte Lösungs- und Handlungswege.
- Die Identifizierung von mehrfach umweltbelasteten Gebieten in der Kommune, die zudem eine problematische Sozialstruktur aufweisen, bietet die Grundlage für einen bedarfsgerechten und effizienten Einsatz von Haushalts- und Fördermitteln.
- Aus der sozialraumorientierten Verbesserung des Standortfaktors Umwelt kann ein Imagegewinn für die Kommune werden.

### **Umweltgerechtigkeit als Querschnittsaufgabe verstehen**

Die Stärke des Ziels „Umweltgerechtigkeit“ liegt vor allem in der integrierenden Wirkung. Umweltgerechtigkeit sollte daher nicht als neue isolierte Verwaltungsaufgabe mit separaten Strukturen, sondern querschnittsorientiert realisiert werden, indem Belange von Umweltgerechtigkeit bei allen relevanten Planungen und Vorhaben Berücksichtigung finden. Erforderlich ist hierfür eine Abkehr vom sektoral ausgerichteten Verwaltungshandeln hin zu einer integrierten Betrachtung und Umsetzung von Umwelt-, Sozial- und Gesundheitsbelangen.

Anknüpfungspunkte für das Thema Umweltgerechtigkeit bieten insbesondere Umwelt (verträglichkeits)prüfungen, Stadt(teil)entwicklungskonzepte, die Städtebauförderprogramme Soziale Stadt und Stadtumbau sowie die Bauleit-, Landschafts- und Lärmaktionsplanung. Jedes dieser Instrumente bietet spezifische Potenziale zur Schaffung von

mehr Umweltgerechtigkeit in der Stadt. Umgekehrt ist keines der Instrumente allein in der Lage, mehr Umweltgerechtigkeit zu schaffen. Vielmehr ist hierfür das gesamte ausdifferenzierte System formeller und informeller Planungsinstrumente je nach Ausgangslage variabel und aufeinander abgestimmt einzusetzen.

Dazu gehört auch, bei Umweltplanungen – anders als in der bisherigen Praxis – sozialräumliche Aspekte zu berücksichtigen und bei Umwelt(verträglichkeits)prüfungen stärker auf eine qualifizierte Betrachtung der Wirkungen auf das Schutzgut „Menschliche Gesundheit“ zu achten. Ein räumlich ausgerichteter Fachplan Gesundheit als neues Planungsinstrument kann die systematische und proaktive Wahrung von Gesundheitsbelangen – auch unter dem Aspekt von Umweltgerechtigkeit – in räumlichen Gesamt- und Fachplanungen unterstützen. Damit einhergehen muss eine stärkere sozialräumliche Ausrichtung im Handeln der kommunalen Gesundheitsämter.

### **Umweltgerechtigkeit heißt auch Verfahrensgerechtigkeit**

Nicht zuletzt muss es beim Thema Umweltgerechtigkeit darum gehen, Verfahrensgerechtigkeit in Form gleicher Beteiligungsmöglichkeiten für alle herzustellen. Die bisherige Praxis zeigt jedoch, dass durch viele klassische Beteiligungsverfahren insbesondere Bevölkerungsgruppen mit geringem Sozial-, Bildungs- und Einkommensstatus kaum oder gar nicht erreicht werden. Dies sind aber gleichzeitig die Bevölkerungsgruppen, die oftmals in den städtischen Teilräumen leben, in denen sich Umweltbelastungen sowie soziale und gesundheitliche Benachteiligungen konzentrieren. Erfahrungen des Quartiermanagements im Programm Soziale Stadt zeigen, dass insbesondere aufsuchende und aktivierende sowie zielgruppen- und projektbezogene Partizipationsmöglichkeiten diese Bevölkerungsgruppen erreichen können.

### **Umweltgerechtigkeit – eine Gemeinschaftsaufgabe**

Ein Mehr an Umweltgerechtigkeit ist eine zentrale Herausforderung bei der Entwicklung kompakter, menschengerechter und resilienterer Städte. Kommunen kommt dabei eine Schlüsselrolle zu, allein werden sie aber mit dieser Aufgabe überfordert sein. Nur durch das Zusammenwirken von Politik und Verwaltung auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene, von Wissenschaft und Zivilgesellschaft wird es möglich sein, Umweltgerechtigkeit dauerhaft zu verankern und gesunde Quartiere und Lebensbedingungen für alle Menschen in den Städten zu schaffen.

### **Quellen und Tipps zum Weiterlesen:**

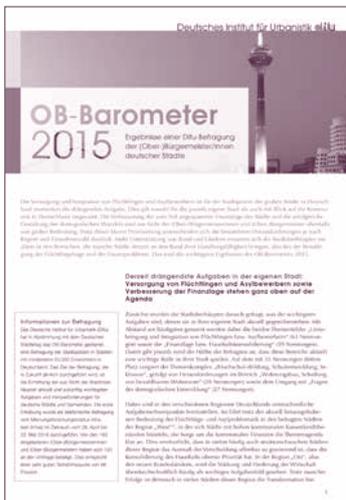
- Böhme, Christa, Arno Bunzel (2014): Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum. Expertise „Instrumente zur Erhaltung und Schaffung von Umweltgerechtigkeit“. Berlin Difu, Sonderveröffentlichung <http://bit.ly/1hPVe51>.
- Böhme, Christa, Thomas Preuß, Arno Bunzel, Bettina Reimann, Detlef Landua, Antje Seidel-Schulze, (2015): Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum – Entwicklung von praxistauglichen Strategien und Maßnahmen zur Minderung sozial ungleich verteilter Umweltbelastungen, hrsg. vom Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau, 01/2015.
- Bolte, Gabriele, Christiane Bunge, Claudia Hornberg, Andreas Mielck, Heike Köckler (Hrsg.; 2012): Umweltgerechtigkeit durch Chancengleichheit bei Umwelt und Gesundheit – Konzepte, Datenlage und Handlungsperspektiven. Bern.
- Klimeczek, Heinz-Josef (2014): Umweltgerechtigkeit im Land Berlin – Zur methodischen Entwicklung des zweistufigen Berliner Umweltgerechtigkeitsmonitorings. In: UMID: Umwelt und Mensch – Informationsdienst, Ausgabe 2, S. 16–22.
- Maschwesky, Werner (Hrsg.) (2001): Umweltgerechtigkeit, Public Health und soziale Stadt. Frankfurt am Main.
- Preuß, Thomas, Schormüller, Kathrin, Janßen, Antje (2015): Planspiel „Lärmaktionsplanung“ im Rahmen des Masterplans Umwelt und Gesundheit NRW. Abschlussbericht. Berlin und Kassel. <http://bit.ly/1K0V6Gx> sowie <http://bit.ly/1TU2V6q>

Dipl.-Ing. Christa Böhme  
Telefon: 030/39001-291  
E-Mail: [boehme@difu.de](mailto:boehme@difu.de)

Dipl.-Ing. agr. Thomas Preuß  
Telefon: 030/39001-265  
E-Mail: [preuss@difu.de](mailto:preuss@difu.de)

# OB-Barometer 2015: Flüchtlings-Unterbringung vorrangige Aufgabe

Difu befragt jährlich Stadtspitzen zu derzeitigen und künftigen Herausforderungen der Kommunen



**Veröffentlichung online:**  
<http://bit.ly/1M6cqhi>

**Weitere Informationen:**  
 Dr. Busso Grabow  
 Telefon: 030/39001-248  
 E-Mail: grabow@difu.de

Dipl.-Soz. Detlef Landua  
 Telefon: 030/39001-196  
 E-Mail: dlandua@difu.de

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) hat in Abstimmung mit dem Deutschen Städtetag das „OB-Barometer“ gestartet, eine Befragung der Stadtspitzen in Städten mit mindestens 50.000 Einwohnern in Deutschland. Ganz im Sinne eines Barometers werden im Rahmen der jährlichen Umfrage die aus Sicht der Stadtoberhäupter aktuell und künftig wichtigsten Aufgaben und Herausforderungen für Städte und Gemeinden ermittelt. Darüber hinaus wird gefragt, in welchen Bereichen die Kommunen auf mehr Unterstützung von EU, Bund oder Ländern angewiesen sind.

Die Umfrage verdeutlicht, dass die angemessene Versorgung und Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern aus Sicht der Stadtspitzen derzeit die drängendste Herausforderung darstellt. Die Befragten geben nicht nur an, dass das Thema in ihrer eigenen Stadt aktuell ganz oben auf der Agenda steht. Ihrer Einschätzung nach ist dies vielmehr auch für die Kommunen in Deutschland insgesamt die drängendste Herausforderung.

Neben der Flüchtlingsproblematik ist den (Ober-)Bürgermeistern besonders wichtig, die zum Teil angespannte Finanzlage der Städte zu verbessern und den demografischen Wandel erfolgreich zu gestalten. Während diese Themen im Durchschnitt aller Befragten klar dominieren, unterscheiden sich die besonderen Herausforderungen der Städte je nach Region zum Teil deutlich.

In den Städten im Westen dominiert die Verbesserung der Finanzlage, in ostdeutschen Städten spielt die Stärkung der Wirtschaft eine im Vergleich wichtigere Rolle. Städte im Süden und Norden Deutschlands haben dagegen häufiger mit den Problemen des Wachstums zu tun, wie zum Beispiel mit der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum.

Mehr Unterstützung von EU, Bund und Ländern erwarten die Stadtoberhäupter vor allem in den Bereichen, die manche Städte derzeit an den Rand ihrer Handlungsfähigkeit bringen, also bei der Versorgung der Flüchtlinge und der Bewältigung der Finanzprobleme. Hier ist nach Einschätzung der Stadtspitzen eine Lösung der Probleme nur in Zusammenarbeit der verschiedenen Ebenen möglich.

Die erste Erhebung wurde als telefonische Befragung vom Meinungsforschungsinstitut infratest dimap im Zeitraum vom 28. April bis 22. Mai 2015 durchgeführt. Von den 183 eingeladenen (Ober-)Bürgermeistern und beteiligten sich 120 an der Umfrage. Dies entspricht der sehr guten Teilnahmequote von 66 Prozent. Weitere Befragungsergebnisse wurden in Form eines Flyers aufbereitet und veröffentlicht, der auch auf der Difu-Homepage kostenlos zur Verfügung steht.

## OB-Barometer 2015

„Was sind aktuell die wichtigsten Handlungsfelder und Aufgaben in Ihrer eigenen Stadt?“

Die Versorgung von Flüchtlingen und Asylbewerbern beschäftigt aktuell die Städte in ganz Deutschland. Es gibt aber auch regionale Unterschiede: In den Städten im Westen dominiert die Verbesserung der Finanzlage die Agenda, in ostdeutschen Städten spielt die Stärkung der Wirtschaft eine hervorgehobene Rolle. Im Norden und Süden wird dagegen der Schaffung von Wohnraum überproportional große Bedeutung beigemessen.

n = 120 Befragte Quelle: Deutsches Institut für Urbanistik 2015 / Befragungsdurchführung: infratest dimap

Deutschland  
gesamt

- 1 Flüchtlinge
- 2 Finanzen
- 3 Bildung



# Städte auf Nachhaltigkeitskurs

## Difu-Studie: Wie wir Wohnen, Mobilität und kommunale Finanzen zukunftsfähig gestalten

Die Städte stehen heute einer Vielzahl großer Herausforderungen gegenüber: die menschenwürdige Unterbringung und Integration von Flüchtlingen, „Wachstumsschmerzen“ in Ballungszentren, die gleichzeitige Entleerung ländlicher Räume, eine alternde Gesellschaft, Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel, technologische Entwicklungen und deren Anforderungen an die Infrastruktur sowie die Bewältigung sozialer Probleme in manchen Stadtquartieren.

Vor diesem Hintergrund ist nachhaltige Entwicklung kein Selbstläufer. Erforderlich sind ein Handeln in langfristiger Perspektive und die Übernahme von Verantwortung – seitens der Politik, aber auch seitens der Wirtschaft, und der Zivilgesellschaft.

Seit dem Jahr 2010 treffen sich auf Einladung des Rates für Nachhaltige Entwicklung (RNE) Oberbürgermeister von rund 30 Städten zu einem Dialog über strategische Fragen der „Nachhaltigen Stadt“. Sie machen sich stark für eine nachhaltige Entwicklung in ihren Städten. Als politisch Verantwortliche tauschen sie sich über die jeweils in ihrer Stadt praktizierten Maßnahmen aus und erörtern, wie kommunale Nachhaltigkeitspolitik mehr Gewicht in der Bundespolitik erlangen kann. Die Ergebnisse dieser Diskussionen sind in verschiedenen Publikationen und Stellungnahmen festgehalten.

Nachhaltige Stadtentwicklung betrifft alle kommunalen Handlungsfelder. Die am Dialog „Nachhaltige Stadt“ Beteiligten haben entschieden, besonders drängende Themen nachhaltiger Stadtentwicklung im Rahmen einer Studie vertiefend zu betrachten, sie wählten hierfür die Schwerpunkte Wohnen, Mobilität und generationengerechte Finanzen aus.

Der RNE beauftragte das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) auf Veranlassung der Oberbürgermeister des Dialogs „Nachhaltige Stadt“ mit der Erarbeitung der Studie. Grundlage sind Fachpublikationen, Positionspapiere sowie Interviews, die das Difu mit den (Ober-)Bürgermeistern führte. Die Studienergebnisse wurden in der Broschüre „Städte auf Kurs Nachhaltigkeit. Wie wir Wohnen, Mobilität und kommunale Finanzen zukunftsfähig gestalten“ veröffentlicht.

Das Thema Wohnen in der Innenstadt gewinnt in den Städten seit Jahren an Bedeutung. Forderungen nach ausreichendem und bezahlbarem Wohnraum unterstreichen seine Dringlichkeit. Soziale und ökologische Nachhaltigkeit bei der Schaffung von Wohnraum sicherzustellen ist für die Kommunen mit vielen Herausforderungen verbunden. Stadtverträgliche, sozial- und umweltgerechte Mobilität soll die Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen ermöglichen, Schadstoffemissionen und Ressourcenverbrauch niedrig halten und zugleich die Attraktivität der Stadt als Lebens- und Wirtschaftsstandort erhöhen. Die Frage einer nachhaltigen Entwicklung in Städten und Gemeinden betrifft die kommunalen Finanzen gleich doppelt: Kommunen brauchen finanzielle Spielräume, um nachhaltige Politik umzusetzen, zugleich sind die Haushaltsmittel einer Kommune selbst eine Ressource, die es möglichst nachhaltig zu bewirtschaften gilt.

Fragen des Managements von nachhaltiger Stadtentwicklung und eines zukunftsfähigen Verwaltungshandelns oder neuer Formen „lokaler und regionaler Governance“ bilden die Klammer für die Schwerpunkte in dieser Studie. Nicht zuletzt geht es um die Rahmenbedingungen, die Kommunen für eine nachhaltige Entwicklung vor Ort brauchen.

In ihrem in der Broschüre dokumentierten Aufruf ziehen die Oberbürgermeister schließlich Schlussfolgerungen, wie Bund und Länder gemeinsam mit den Kommunen für eine nachhaltige Entwicklung in den Aufgabefeldern Wohnen, Mobilität und Kommunalfinanzen eintreten können.



**Veröffentlichung online:**  
<http://bit.ly/1gqzGLO>

**Weitere Informationen:**  
Dr. Busso Grabow  
Telefon: 030/39001-248  
E-Mail: [grabow@difu.de](mailto:grabow@difu.de)



# Wirkungsorientierte Steuerung in Kommunen

Analysen von Verwaltungsreformaktivitäten der Kommunen aus den vergangenen zwanzig Jahren haben erkennbare Teil- und Zwischenerfolge im Modernisierungsprozess aufgezeigt. In vielen Fällen bleibt jedoch ein Teil der erhofften positiven Effekte aus.

Eine deutlichere Hinwendung zur Ergebnisorientierung im Rahmen der Steuerungsprozesse und die Vermeidung strategischer Steuerungslücken zwischen politischen Zielstellungen und Verwaltungshandeln könnte dazu beitragen, die positiven Effekte in Modernisierungsprozessen weiter zu stärken. Die Modernisierungsaktivitäten in Kommunen sollten dabei jedoch nicht auf die Einführung der Doppik in Verbindung mit einer produktorientierten Kostenrechnung begrenzt bleiben.

In der neuen Difu-Veröffentlichung „Mehr Wirkungsorientierung in Kommunen – Bedingungen für eine veränderte politisch-administrative Steuerung“ analysiert Autor Stefan Schneider, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Difu, Bereich Infrastruktur und Finanzen, Gründe, warum das Instrument der wirkungsorientierten Steuerung bisher nicht in vielen Kommunen eingesetzt wird.

Seine Ausgangsthese: Der Einsatz wirkungsorientierter Steuerungselemente scheidet nicht, wie bisher häufig angenommen, ausschließlich an der schwierigen Umsetzbarkeit. Die Wirkungen des Verwaltungshandelns manifestieren sich häufig erst langfristig. Multikausale Zusammenhänge zwischen konkreten Maßnahmen und eintretenden Wirkungen erschweren die Zuordnung von Effekten – und deren Messbarkeit ist eine besondere Herausforderung. Es gibt jedoch bereits eine breite Diskussion um mögliche Instrumente und Methoden zur Lösung dieser Probleme. Einige Kommunen haben dafür schon konkrete Umsetzungs-ideen entwickelt.

Stefan Schneider hat zehn weitere Faktoren identifiziert und hinsichtlich ihres Einflusses auf die Wirkungsorientierung der Steuerung in den Kommunen überprüft. Im Ergebnis der Analyse zeigt sich, dass Kommunen, deren Steuerung stärker an den Ergebnissen des Verwaltungshandelns und den dadurch erreichten Wirkungen ausgerichtet ist, gekennzeichnet sind durch

- eine hohe Strategieorientierung, erkennbar an langfristig ausgerichteten Konzepten sowie
- ganzheitliche und integrative Vorgehensweisen bei der Planung und Umsetzung der kommunalen Entwicklung,
- einen besonderen Anspruch an die Transparenz des Verwaltungshandelns, ausgedrückt durch die Art und Weise wie Informationen zugänglich gemacht und verwendet werden,
- eine eher dezentrale Ausrichtung, als Ausdruck für die sowohl räumlich-strukturelle als auch organisatorische Gliederung der Verwaltung,
- die Bereitschaft zur Flexibilität, im Sinne von Spielräumen bei der Wahl der zur Zielerreichung erforderlichen Maßnahmen sowie
- das innerhalb der Organisation verfügbare Wissen und die vorhandenen Kompetenzen (Know-how) in Bezug auf Fragen der Steuerung.

Wie diese Aspekte ausgestaltet sein können, wird anhand von drei konkreten kommunalen Beispielen der Städte Münster, Brühl und Leipzig illustriert.

Die Diskussion um eine stärkere Ausrichtung des Verwaltungshandelns an den damit erreichten bzw. zu erreichenden Wirkungen gewinnt aktuell an Interesse. Die Ergebnisse der Studie könnten dazu beitragen, bestimmte Maßnahmen, die im Rahmen der Einführung anderer Reformelemente der Verwaltungsmodernisierung noch keine zufriedenstellenden Ergebnisse erbrachten, im Zusammenhang mit der Wirkungsorientierten Steuerung zu überprüfen und ggf. zu verändern.

Bevor Ressourcen in die Entwicklung anspruchsvoller wirkungsorientierter Steuerungsinstrumente investiert werden, sollten stets die wesentlichen Rahmenbedingungen für eine wirkungsorientierte Steuerung bekannt sein und berücksichtigt werden.

Der neue Band der Difu-Impulse soll dazu dienen, Kommunen Anregungen beim Einsatz des Instruments der wirkungsorientierten Steuerung zu geben.



**Weitere Informationen:**  
Dipl.-Kfm. (FH)  
Stefan Schneider  
Telefon: 030/39001-261  
E-Mail: schneider@difu.de

**Bestellung:**  
siehe Bestellschein

# Elektromobilität

## Im Spannungsfeld technologischer Innovation, kommunaler Planung und gesellschaftlicher Akzeptanz

Das Thema Elektromobilität spielt in deutschen Städten und Gemeinden eine zunehmende Rolle, wie jüngst eine Umfrage des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) zeigte: 78 Prozent der befragten Kommunen setzen sich mit dem Thema Elektromobilität auseinander.

Durch die Bundesregierung wurden in den vergangenen Jahren unterschiedliche Forschungsprojekte hierzu gefördert. In „Schau fenstern“ und „Modellregionen“ wurden kommunalrelevante Fragestellungen bearbeitet und Erfahrungen, Herausforderungen und Handlungsspielräume der Kommunen in diesem Anwendungsfeld analysiert. Viele Projekte und Aktivitäten waren dabei auf Fragen der Umsetzung von Elektromobilität fokussiert, mit starker Praxisorientierung.

### Immer noch schwerfällig – die Diffusion von „Elektromobilität“

Beim Thema Elektromobilität sind in den Städten sehr unterschiedliche Motivationen, Geschwindigkeiten und Interessen zu beobachten, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Das Engagement hängt dabei von Projektdauer, Förderperioden, kommunalen Planungshorizonten und politischen Legislaturperioden ab. Zu beobachten ist auch, dass Elektromobilität trotz vielfältiger und mehrjähriger Förderung noch immer nicht zum „Selbstläufer“ geworden ist und die Neuzulassungen für E-Pkws stagnieren. Diese Entwicklung warf die Frage auf, wie Elektromobilität vor dem Hintergrund der kommunalen Perspektive und der Implementierung und Diffusion von Innovationen zu bewerten ist, und warum sich die Diffusion der Innovation Elektromobilität so schwerfällig vollzieht. Dies geschah im Rahmen einer wissenschaftlichen Fokusgruppendifkussion im Februar 2015 mit unterschiedlichen Experten. Die Ergebnisse des vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur finanzierten und durch die NOW GmbH koordinierten Projekts werden nun veröffentlicht.

Im Mittelpunkt steht dabei das Spannungsfeld von dynamischem Technologiewandel und kommunalen Planungshorizonten. Die Kommunen werden im Zuge der umfangreichen Förderprogramme „Elektromobilität“ des Bundes mit neuen Aufgabenstellungen zur Implementierung und Unterstützung

technischer Innovationen im Bereich der Elektromobilität konfrontiert. Zwar sieht die überwiegende Mehrheit der Kommunen in der Elektromobilität ein gesamtgesellschaftliches Zukunftsfeld, gleichwohl sind Zeitpunkt und Art der Auseinandersetzung mit dem Thema häufig durch Einzelinteressen von Unternehmen und Fördermittelgebern getrieben und wirken mitunter tief in den öffentlichen Raum hinein (z.B. Aufbau von Ladeinfrastruktur, Ausweisung von Stellplätzen an Ladesäulen, Privilegien für Elektroautos). Mit Blick auf die Durchsetzungsfähigkeit und Breitenwirkung der Elektromobilität müssen Partikularinteressen gegen die Gemeinwohlperspektive abgewogen und technische Zweifel berücksichtigt werden.

### Unterschiedliche Zeithorizonte

Kommunale Planung hat dabei auf der einen Seite – vorgegeben durch ihre formalen Instrumente sowie die Lebensdauer von Infrastrukturen und Gebäuden – zeitliche Planungshorizonte zwischen zehn und 30 Jahren. Auf der anderen Seite sind Entscheidungshorizonte der Kommunalpolitik deutlich kürzer, oft sogar kürzer als die Dauer einer Legislaturperiode. Hinzu kommt die „Taktung“ der Förderperioden, die ebenfalls Zeitfenster vorgeben. An dieser Kollision unterschiedlicher zeitlicher Perspektiven erwachsen mitunter Friktionen, etwa wenn einem politischen Bekenntnis nur (oder zu) langsam Taten folgen (können). Dies kann zu einer eher abwartenden Haltung in den Kommunen führen. Die wiederum im Widerspruch zum engen Zeitfenster für die Einführung der (technischen) Innovation Elektromobilität und dem Zeitfenster der öffentlichen Förderprogramme seitens Bund und Ländern stehen. Neben grundlegenden Fragen einer zukünftigen Verkehrssystemgestaltung und den rein technisch-infrastrukturellen Bedarfen und Ansprüchen ergeben sich dabei in den Kommunen besondere Herausforderungen für die Planungs- und Umsetzungsinstrumente. All diese Aspekte werden in der Veröffentlichung aus unterschiedlichen theoretischen Zugängen beleuchtet, ergänzt durch Aufsätze, die sich stärker der Perspektive Stadt widmen und dabei auf den Wandel von Planungsparadigmen, die Integration in die kommunale Verkehrsplanung fokussieren und Elektromobilität in unterschiedlichen Einsatzbereichen untersuchen.



Foto: Wikimedia Commons/  
author: Chrischerf

### Weitere Informationen:

Dipl.-Geogr.  
Anne Klein-Hitpaß  
Telefon: 030/39001-204  
E-Mail: klein-hitpass@difu.de  
www.difu.de sowie  
<http://bit.ly/1iaGTak>

### Bestellung:

siehe Bestellschein



# Empfehlungen für eine integrierte Lärmaktionsplanung in Kommunen

## Ergebnisse eines Planspiels in Nordrhein-Westfalen

Möglichkeiten einer Integration von Daten zur sozialen und gesundheitlichen Lage in die Lärmaktionsplanung waren Gegenstand eines im März 2015 abgeschlossenen Projekts, das das Deutsche Institut für Urbanistik und das Büro LK Argus im Auftrag des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (MKULNV) durchgeführt haben. In Planspielen mit den Städten Aachen, Bielefeld, Bochum, Bottrop und Köln wurden Aspekte der Erarbeitung von Lärmaktionsplänen sowie der Realisierung darin festgelegter Lärminderungsmaßnahmen untersucht. Hieraus wurden Empfehlungen für eine Datenintegration in die Lärmaktionsplanung der Kommunen abgeleitet.

Grundsätzlich sollten Kommunen Mehrwert und Grad einer Integration von Daten zur sozialen und gesundheitlichen Lage in die Lärmaktionsplanung prüfen. So kann die Bandbreite der Handlungsmöglichkeiten bei der Integration sozialer und gesundheitlicher Belange in die Lärmaktionsplanung von der verbal argumentativen Erwähnung sozialer und gesundheitlicher Belastungen bis zu einem Handlungsprogramm reichen. Synergien lassen sich vielfach erschließen, wenn eine Datenintegration nicht auf die Lärmaktionsplanung beschränkt bleibt sondern ebenso als möglicher Mehrwert für andere Planungen wie z.B. Stadt(teil)entwicklungsplanung, Straßenunterhaltungs- und Verkehrsentwicklungsplanung, Sozial- und Gesundheitsplanung oder Luftreinhalteplanung betrachtet wird.

Gerade in Bezug auf die Realisierung von lärmindernden Maßnahmen sollte eine Festlegung von räumlichen Handlungsprioritäten entsprechend der Problemlagen in den mehrfachbelasteten Gebieten erfolgen, die durch die Datenintegration identifiziert werden konnten. Die Chancen für die Maßnahmenumsetzung steigen, wenn eine enge Verzahnung von Lärmaktionsplanung mit anderen relevanten Planungen gelingt. Als Bezugsraum hierfür bietet sich die Quartiers-ebene an. Es sollte geprüft werden, ob und in welchen Quartieren der Stadt Umsetzungsaktivitäten sowie finanzielle Ressourcen bzw. Fördermittel zielgenau auf Bereiche mit

Mehrfachbelastungen gelenkt werden können. In diesem Zusammenhang sollte eruiert werden, inwiefern Schnittstellen zu anderen Planungen wie z.B. integrierte Stadt(teil)entwicklungsplanung, Straßenunterhaltung, Verkehrsentwicklungsplanung oder Luftreinhalteplanung stärker dafür genutzt werden können, eine Finanzierung konkreter Einzelmaßnahmen zur Lärminderung unter gleichzeitiger Berücksichtigung von Belangen der sozialen und gesundheitlichen Lage zu erreichen.

Weitere Empfehlungen beziehen sich auf die Identifizierung ruhiger Gebiete, Aspekte der Ämterzusammenarbeit, die Öffentlichkeitsbeteiligung und die Einbindung der Kommunalpolitik vor Ort. Schließlich werden dem Land NRW Empfehlungen für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen, z.B. des Rahmens für geschwindigkeitssenkende Maßnahmen oder für stärker auf die Belange der Lärminderung ausgerichtete Fördermöglichkeiten gegeben.

Das Vorhaben ist Bestandteil des „Masterplans Umwelt und Gesundheit NRW“, in welchem die Landesregierung NRW unter anderem Möglichkeiten der Implementierung des Themas Umweltgerechtigkeit in die kommunale Praxis prüft. Die Ergebnisse des Vorhabens sowie die Handlungsempfehlungen für Kommunen und das Land wurden im Abschlussbericht veröffentlicht. Der Bericht ist online verfügbar.



Foto: Stadt Bielefeld

### Veröffentlichungen online:

<http://bit.ly/1K0V6Gx>  
<http://bit.ly/1TU2V6q>

### Weitere Informationen:

Dipl.-Ing. agr. Thomas Preuß  
Telefon: 030/39001-265  
E-Mail: [preuss@difu.de](mailto:preuss@difu.de)

Dipl.-Geogr.  
Kathrin Schormüller  
Telefon: 0221/340308-11  
E-Mail: [schormueller@difu.de](mailto:schormueller@difu.de)

# Klimaanpassung in die Verwaltung integrieren

## Klimawandelvorsorge strukturieren, organisieren und umsetzen – zwei neue Publikationen für Kommunen

Um die unerlässliche Anpassung an den Klimawandel ging es im Difu-Projekt „KommAKlima: Kommunale Strukturen, Prozesse und Instrumente zur Anpassung an den Klimawandel in den Bereichen Umwelt und Natur sowie Planen und Bauen – an der Schnittstelle zur Gesundheit“. Dazu wurden bereits in den letzten drei Jahren auf der Grundlage aktueller Ergebnisse aus Modellkommunen mehrere Arbeitsergebnisse als „Hinweise für Kommunen“ herausgegeben: Eine Einführung zu den Auswirkungen des Klimawandels in Kommunen, „Betroffenheiten erkennen“ und „Umgang mit Unsicherheiten des Klimawandels“. Zum Projektabschluss liegen nun die finalen Veröffentlichungen zum kostenlosen Download vor.

Die neue Veröffentlichung „Hinweise für Kommunen 4“ informiert darüber, wie Städte, Gemeinden und Landkreise Klimaanpassung organisieren und strukturieren können. Zunächst werden die Ergebnisse einer Werkstattreihe mit Übersichten zu wichtigen Diskussionsthemen, Erkenntnissen und Vereinbarungen aus neun Modellkommunen vorgestellt. Neben möglichen verwaltungsinternen Organisationsstrukturen für die Klimaanpassung wie der Gründung einer ämterübergreifenden Koordinationsgruppe Klima(anpassung) oder dem Andocken der Klimaanpassung an bestehende Strukturen zum Klimaschutz werden Anregungen gegeben, wie verwaltungsexterne Akteure eingebunden werden können.

Wichtig für die Umsetzung von Maßnahmen der Klimaanpassung in Kommunen ist das Wissen um Förderprogramme und weitere Unterstützungsangebote, auf die in der Veröffentlichung verwiesen wird. Hinweise und Beispiele zum Prozess der Integration von Klimaanpassungsmaßnahmen in die Verwaltung bilden einen Schwerpunkt dieser Ausgabe. So kann es beispielsweise für viele Kommunen sinnvoll sein, Klimaanpassungsaktivitäten bei anstehenden (Bau)Maßnahmen als „Huckepack-Thema“ mitzudenken. Auch ein politischer Auftrag zur Steuerung des Klimaanpassungsprozesses an ein konkretes Verwaltungsressort erweist sich als hilfreich. Schließlich enthält der Band eine Übersicht zu Instrumenten der Klimaanpassung in den Bereichen Planen und Umwelt. Ein besonde-

rer Fokus liegt auch in dieser Publikation auf praxisorientierten Anregungen aus den Modellkommunen des Difu, die in leserfreundlichen Praxiskästen vorgestellt werden.

Die „Hinweise für Kommunen 7“ und zugleich letzte Publikation dieser Difu-Reihe stellt Handlungsempfehlungen für Kommunen zur Klimaanpassung zur Verfügung. Die Projektergebnisse wurden zu Kernaussagen zusammengefasst, die als „Grundregeln“ zur Klimaanpassung im kommunalen Alltag dienen können: Wie erkennen Kommunen die Notwendigkeit zur Klimaanpassung? Wie können sie sich aufstellen, um dem Klimawandel zu begegnen? Und wie können Klimaanpassungsprozesse schlussendlich umgesetzt und verstetigt werden? Diese Handlungsempfehlungen sind somit auch als Resümee der vorherigen KommAKlima-Veröffentlichungen des Difu zu sehen.

Auch vom Kooperationspartner Universität Bielefeld, Fakultät für Gesundheitswissenschaften, stehen in Kürze drei weitere Publikationen – die Hinweis-Bände (5, 6 und 8) – zur Klimaanpassung mit dem Schwerpunkt Gesundheit bereit.

Nur durch die gelungene Zusammenarbeit aller Ansprechpartner: Stadt Bonn, Stadt Dortmund, Stadt Erfurt, Stadt Frankfurt a.M., Stadt Heidelberg, Landkreis Oberallgäu, Landkreis Osterholz, Rhein-Sieg-Kreis und Stadt Ueckermünde konnte es gelingen, eine Vielzahl praxisorientierter Beispiele zur Nachahmung in den Hinweisen für Kommunen vorzustellen.



### Veröffentlichungen online:

<http://bit.ly/1OPecDY>

<http://bit.ly/1ia9gi5>



Klimaanpassung bei der Gestaltung öffentlicher Plätze mitdenken  
Foto: Anna-Kristin Jolk

### Weitere Informationen:

Dipl.-Geogr. Luise Willen  
Telefon: 0221/340308-19  
E-Mail: [willen@difu.de](mailto:willen@difu.de)

Dipl.-Geogr. Anna-Kristin Jolk  
Telefon: 0221/340308-22  
E-Mail: [jolk@difu.de](mailto:jolk@difu.de)



### Auf den Punkt gebracht

Notwendige Prozesse zur Klimaanpassung können in Städten, Gemeinden und Landkreisen wirkungsvoll durch Verwaltung und Kommunalpolitik gestartet und verstetigt werden.

Erfolgversprechende Faktoren dafür sind ...

- ... kommunalspezifische Impulse für erste Aktivitäten in der Verwaltung nutzen (wie z.B. Extremwetterereignisse, Klimawissen, politischer Wille);
- ... vorhandene (Arbeits-)Strukturen und Instrumente, die für Klimaanpassungsprozesse genutzt oder ggf. auf die Erfordernisse abgestimmt werden können, und
- ... Menschen, die sich der Notwendigkeit der Klimaanpassung bewusst sind und die Verantwortung für die ersten Schritte der Prozesssteuerung und -koordination übernehmen.

# Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in der Kinder- und Jugendhilfe

## Erfahrungswerte, Praxisbeispiele, neue Herausforderungen und Chancen



Aufgrund der sehr hohen Nachfrage bot die Arbeitsgruppe Jugendhilfe im Difu gleich zweimal die Tagung „Angekommen in Deutschland. Und nun? Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in der Kinder- und Jugendhilfe“ an. Die Tagungen fanden im April und Juni im Centre Francais in Berlin in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag statt. Über 400 Fachkräfte aus allen Bundesländern diskutierten fachpolitische Fragen, insbesondere auch die geplante Gesetzesänderung im Hinblick auf eine bundesweite Umverteilung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge in andere Bundesländer und Kommunen.

### Tagungsdokumentation erschienen

Neben grundsätzlichen Erläuterungen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu den Eckpunkten des Gesetzentwurfs zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher wurden die rechtlichen Grundlagen der Arbeit mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen durch Ursula Gräfin Praschma, Abteilungspräsidentin Grundlagen des Asylverfahrens, Sicherheit des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg, vorgestellt. Sie sprach über Richtlinien und Internationale Abkommen zum Schutz Minderjähriger, die Definition „Unbegleitete Minderjährige“ sowie über Aufnahme, Asylverfahren und Aufenthalt bei „Unbegleiteten Minderjährigen“. Insbesondere der Ablauf und die Zuständigkeiten dieser sehr komplexen und juristischen Thematik stieß bei den Teilnehmenden auf großes Interesse. Ein hoher Wissens- und Austauschbedarf unter den Fachkräften sowie das Bedürfnis nach einer engeren und künftig auch erforderlichen Abstimmung mit dem Bundesamt war deutlich erkennbar.

Die Dokumentation bündelt aber bisher vorliegende Erfahrungen einzelner Kommunen bei der Aufnahme und Integration von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, beinhaltet Konzepte und Lösungsmodelle, beschreibt aber auch Probleme und neue Herausforderungen für die Kinder- und Jugendhilfe. Langjährige Erfahrungen auf diesem Gebiet gibt es z.B. im Jugendprojekt ALREJU – Stationäre Betreuung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund,

Diakonisches Werk Oderland-Spree, Fürstental. In über 20 Jahren wurden dort etwa 2.000 Kinder und Jugendliche aus 58 Ländern kurzfristig oder auch über Jahre betreut. Jugendliche aus dem Projekt sprachen zu Tagungsbeginn sehr bewegend über ihren Weg nach Deutschland, ihre ersten Erfahrungen hier und ihre Wünsche für die Zukunft.

Beim Erfahrungsaustausch in Arbeitsgruppen waren die Themen Inobhutname, Clearing und Altersfeststellung sowie Anschlusshilfen besonders nachgefragt. Es wurde auch über die Gestaltung von Vormundschaften (Sicherung des Rechtsbestands für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge), Krankheit bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen sowie Umgang mit Traumata, Alltagsbildung für junge Flüchtlinge (Möglichkeiten einer integrationsfördernden Erziehung) sowie über „Anschlusshilfen“ diskutiert. Über Bildungschancen und Bildungsmöglichkeiten für Flüchtlingskinder referierte Michael Stenger, Vorstandsvorsitzender und ehemaliger Schulleiter der SchlaU-Schule in München, der diese exemplarisch vorstellte. Sie vermittelt minderjährigen Flüchtlingen nicht nur Deutsch und sprachsensiblen Fachunterricht, auch Werte und Normen sind Thema.

Dr. Andreas Dexheimer, Geschäftsstellenleiter, Diakonie - Jugendhilfe Oberbayern, München, machte in seinem Vortrag deutlich, dass begleitete und unbegleitete minderjährige Flüchtlinge einfach nur junge Menschen sind, die nach Zugehörigkeit, Geborgenheit und Anerkennung suchen und lernen, spielen und am gesellschaftlichen Leben teilhaben möchten. Im Vordergrund muss neben „Bedürfnisbefriedigung“ die Verwirklichung von Kinderrechten und das Recht auf Förderung ihrer Entwicklung und auf Erziehung zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten stehen. Dies erfordert von den Fachkräften in der Kinder- und Jugendhilfe ein spezifisches Wissen und Können, wie z.B. interkulturelle Sensibilität und Kompetenz, Wissen über die Herkunftsländer, Fluchtgründe und Fluchtwege, Sicherheit im Umgang und in der Vermittlung der „eigenen“ Kultur sowie Kenntnisse im Asyl- und Ausländerrecht. Die Dokumentation soll die Fachkräfte hierbei unterstützen.

### Weitere Informationen:

Dipl.-Soz. Kerstin Landua  
AG Fachtagungen  
Jugendhilfe im Difu  
Telefon: 030/39001-135  
E-Mail: landua@difu.de

<http://www.fachtagungen-jugendhilfe.de/>

### Bestellung:

siehe Bestellschein

Jugendliche aus dem Projekt  
ALREJU mit Detlef Schlingelhof,  
Heimleiter



Foto: Rita Rabe

# Gut informiert über die Zusatzausbildung technisches Referendariat

## Fit für leitende Funktionen in der Verwaltung

Das technische Referendariat ist eine Zusatzausbildung, die Berufsanfänger bzw. junge Berufstätige, die über ein abgeschlossenes technisches Hochschulstudium verfügen, für die Übernahme leitender Funktionen in der öffentlichen Verwaltung oder in vergleichbaren Positionen in der Privatwirtschaft qualifiziert. Bei der in 13 verschiedenen Fachrichtungen angebotenen Ausbildung geht es vorrangig darum, verwaltungsrechtliche, -technische, organisatorische und managementbezogene Fähigkeiten zu erwerben.

In den vergangenen beiden Dekaden sind die Absolventenzahlen erheblich zurückgegangen. Gleichzeitig nimmt die Fachkräftenachfrage der öffentlichen Verwaltung vor dem Hintergrund des altersbedingten Personalumbruchs und des demografischen Wandels deutlich zu.

Im Jahr 2010 erstellte das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) im Auftrag des Oberprüfungsamts beim Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung eine Stärken- und Schwächenanalyse zum technischen Referendariat. Darin wurden u.a. die Gründe für den Absolventen-Rückgang sowie die vermutlich mangelnde Attraktivität des Referendariats analysiert.

Ergebnis der Studie waren Handlungsempfehlungen, wie das technische Referendariat als Berufsqualifikation attraktiver gestaltet werden kann und welche Maßnahmen zu einer „Marken- und Imagebildung“ beitragen könnten. Dazu gehörte als wesentlicher Baustein auch die Neugestaltung eines informativen Internetauftritts für den Ausbildungsgang, mit dessen Umsetzung das Difu vom Kuratorium des Oberprüfungsamts 2013 beauftragt wurde.

Ende Juni 2015 wurde der neue Internetauftritt für das technische Referendariat unter dem Dach des BMVI freigeschaltet. Er umfasst u.a. vielfältige Informationen: Grundsätzliches zum technischen Referendariat, zu den einzelnen Fachrichtungen, Zugangsvoraussetzungen, Ausbildungsinhalten, -stationen und -dauer, Prüfungsanforderungen sowie über das Oberprüfungsamt. Dazu gehören auch umfangreiches Informationsmaterial sowie weiterführende Links. Um die Breite der vielfältigen späteren beruflichen Tätigkeitsfelder abzubilden und Interesse bei Ausbildungsinteressierten zu wecken, bilden Erfahrungsberichte von ehemaligen Referendaren sowie ergänzende Kurzportraits weiterer Absolventen einen besonderen Schwerpunkt.

The screenshot shows the website interface for 'Das technische Referendariat'. At the top, there is a header with the logo of the 'Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur', navigation links for 'Kontakt', 'EN', 'DGS', 'Leichte Sprache', and 'Suchbegriff' with a 'finden' button. Below the header is a main navigation bar with tabs for 'Verkehr und Mobilität', 'Digitales und Raumentwicklung', 'Das Ministerium', 'Service', and 'Presse'. The main content area features a large background image of a cityscape with a bridge. A text box on the left reads: 'Das technische Referendariat. Das technische Referendariat bereitet Hochschulabsolventen auf die Übernahme leitender Funktionen in der öffentlichen Verwaltung und privaten Wirtschaft vor.' Below this are three columns of content under the heading 'WAS... WELCHE... WIE...'. The first column is titled '...ist das technische Referendariat?' and describes it as a supplementary qualification for graduates. The second column is titled '...Fachrichtungen gibt es?' and lists 13 specializations. The third column is titled '...ist das Referendariat aufgebaut?' and describes the two-year training period. At the bottom, there are sections for 'LEITBILD', 'WIR ÜBER UNS' (with a map of Bonn), and 'MATERIALEN UND DOWNLOADS'.

### Weitere Informationen:

Dipl.-Ing.  
Wolf-Christian Strauss  
Telefon: 030/39001-296  
E-Mail: [strauss@difu.de](mailto:strauss@difu.de)

Dipl.-Ing. Franciska Frölich-  
von Bodelschwingh  
Telefon: 030/39001-245  
E-Mail: [froelich@difu.de](mailto:froelich@difu.de)

<http://www.technisches-referendariat.de>

# Innovative Suchtprävention vor Ort

## Startschuss für den 7. Bundeswettbewerb zur kommunalen Suchtprävention



**September 2015 – Juni 2016**

Bereits zum 7. Mal wird der Bundeswettbewerb „Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention“ ausgelobt, den die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) auf Anregung der Drogenbeauftragten der Bundesregierung durchführt. Denn obwohl bereits vieles erreicht wurde, dürfen die Kommunen in ihren Präventionsbemühungen nicht nachlassen.

Rauschtrinken wird immer noch häufig praktiziert und noch immer rauchen etwa 30 Prozent der Männer und 25 Prozent der Frauen in Deutschland. Der Konsum von synthetischen Drogen wie Ecstasy, Speed und Crystal Meth steigt regional zum Teil erheblich an und etwa ein Prozent der Bevölkerung nutzt exzessiv das Internet.

Der vom Deutschen Institut für Urbanistik betreute Wettbewerb nimmt daher die kommunale Suchtprävention insgesamt in den Blick: suchstoffübergreifende Prävention, suchstoffspezifische Prävention (Alkohol, Tabak, Medikamente, Cannabis, synthetische Drogen u.a.), Prävention stoffungebundener Süchte (u.a. pathologisches Glücksspiel, exzessive Computerspiel- und Internetnutzung) sind die Themen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf innovativen Wegen in der Suchtprävention vor Ort.

Die mögliche Bandbreite für innovative suchtpreventive Maßnahmen und Projekte vor Ort ist groß. Für den Wettbewerb geeignet sind Maßnahmen, die geschlechts- und kultursensibel ausgerichtet sind, die neue Zugangswege zu Zielgruppen nutzen oder Maßnahmen, die bislang wenig im Fokus von Prävention stehende Suchtstoffe wie Crystal Meth und neue psychoaktive Substanzen („Legal Highs“) in den Blick nehmen. Innovativ können auch suchtpreventive Aktivitäten sein, die bislang wenig angesprochene Zielgruppen einbeziehen oder mit neuen Partnern zusammenarbeiten.

Zur Teilnahme sind alle deutschen Städte, Kreise und Gemeinden eingeladen. Teilnahmeberechtigt sind außerdem Kommunalverbände sowie die Träger der kommunalen Selbstverwaltung in den Stadtstaaten. Präventionsaktivitäten Dritter (z.B. Wohlfahrtsverbände, Krankenkassen, Schulen, Sportvereine) sind willkommen, können aber nur als Bestandteil der Bewerbung einer Kommune berücksichtigt werden.

Als Anreiz zur Wettbewerbsteilnahme stellt die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung ein Preisgeld in Höhe von insgesamt 60.000 Euro zur Verfügung. Zusätzlich lobt der GKV-Spitzenverband einen Sonderpreis von 10.000 Euro zum Thema „Mitwirkung von Krankenkassen bei innovativen kommunalen Aktivitäten zur Suchtprävention“ aus.

Einsendeschluss für die Wettbewerbsbeiträge ist der 15. Januar 2016. Die Preisverleihung findet voraussichtlich im Juni 2016 in Berlin statt.

Die Ergebnisse des Wettbewerbs werden in einer Dokumentation dargestellt und publiziert. Außerdem werden nach der Preisverleihung alle Wettbewerbsbeiträge sowie die Wettbewerbsdokumentation im Internet veröffentlicht.

Mit der Betreuung des Wettbewerbs ist das Difu beauftragt worden. Das Institut hat für die Laufzeit des Wettbewerbs ein Wettbewerbsbüro eingerichtet. Dort können Bewerbungsunterlagen angefordert werden und dort sind die Wettbewerbsbeiträge einzureichen. Das Büro steht zudem für Rückfragen zur Verfügung.

### Informationen über den Wettbewerb und Bewerbungsunterlagen:

Wettbewerbsbüro  
Suchtprävention

Dipl.-Ing. Christa Böhme  
Telefon: 030/39001-291  
E-Mail: boehme@difu.de

Nadine Dräger (Organisation)  
Tel: 030/39001-131  
E-Mail:  
suchtpraevention@difu.de

Dr. Beate Hollbach-Grömig  
Telefon: 030/39001-293  
E-Mail:  
hollbach-groemig@difu.de

### Informationen im Internet:

[www.kommunale-suchtpraevention.de](http://www.kommunale-suchtpraevention.de)

# Klimaschutzmaßnahmen der Kommunen werden gefördert

## Bundesweite Informationstour informiert über die Förderung von Klimaschutzmaßnahmen in Kommunen

Gute Nachrichten für Klimaschützer: Im Rahmen einer bundesweiten Infotour zum kommunalen Klimaschutz informiert das im Difu ansässige Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK) über erweiterte Fördermöglichkeiten. Das Bundesumweltministerium (BMUB) novelliert die „Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative“ (Kommunalrichtlinie) und verstärkt die Förderung des Klimaschutzes in Kommunen.

Mit der Informationstour 2015 informiert das SK:KK in Kooperation mit den Bundesländern darüber, welche Fördermittel Kommunen für Klimaschutzaktivitäten zur Verfügung stehen. Neben der Kommunalrichtlinie und weiteren Bundesprogrammen werden auch Fördermittel der jeweiligen Länder vorgestellt.

Zu den halbtägigen Informationsveranstaltungen sind alle eingeladen, die sich für kommunalen Klimaschutz interessieren – sei es als Antragsteller, als beratende Einrichtung oder als Multiplikator. Das SK:KK informiert über die verschiedenen Fördermöglichkeiten und legt dabei den Schwerpunkt auf die Kommunalrichtlinie. Eine zügige Anmeldung lohnt sich, denn nach den Plänen des Bundesumweltministeriums soll das neue Antragsfenster für die Kommunalrichtlinie bereits ab dem 1. Oktober 2015 bis zum 31. März 2016 geöffnet sein. Wer rechtzeitig informiert ist, kann dann umgehend seinen Antrag stellen und die Fördermittel schneller erhalten.

### Ausweitung der investiven Förderung

Das Bundesumweltministerium plant, die Förderung durch die Kommunalrichtlinie an verschiedenen Stellen auszubauen. Grund dafür sind die ambitionierten Ziele, die sich die Bundesregierung gesetzt hat: Bis zum Jahr 2020 will Deutschland 40 Prozent weniger Treibhausgase emittieren (Vergleichsjahr 1990). Um dieses ambitionierte Ziel erreichen zu können, hat die Bundesregierung am 3. Dezember 2014 das Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 beschlossen. In allen Bereichen werden dadurch die Klimaschutz-

aktivitäten verstärkt, im Rahmen der Kommunalrichtlinie wird vor allem die investive Förderung ausgeweitet. Geprüft wird außerdem, ob die Förderung für LED-Straßenbeleuchtung, die zurzeit ausgesetzt ist, wieder eingeführt werden kann.

### Insbesondere Kitas, Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen und Sportstätten profitieren

Eine gute Möglichkeit, kurzfristig und zugleich nachhaltig Energie einzusparen und Treibhausgas-Emissionen zu reduzieren, bietet die Sanierung von Beleuchtungsanlagen mittels LED-Technik. Eine Förderung für die Sanierung der Innen-, Hallen- sowie der Außen- und Straßenbeleuchtung als auch für LED-Lichtsignalanlagen ist u.a. für Kommunen und kommunale Unternehmen gedacht. Für Kitas, Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen, Sportstätten und Schwimmhallen soll ein eigener Förderschwerpunkt geschaffen werden, mit höheren Förderquoten für die Umrüstung auf LED, den Austausch raumlufttechnischer Geräte und für eine Reihe weiterer Maßnahmen.

### Kommunen bekommen mehr Zeit für die Antragstellung

Zusätzliche Antragsfenster sollen es den Kommunen erleichtern, ihre Anträge zügig zu stellen.

### Anträge auf Förderung können in folgenden Zeiträumen gestellt werden:

- 1. Oktober 2015 bis 31. März 2016
- 1. Juli bis 30. September 2016
- 1. Januar bis 31. März 2017
- 1. Juli bis 30. September 2017

Die Förderschwerpunkte Klimaschutzmanagement, Anschlussvorhaben zum Klimaschutzmanagement sowie ausgewählte Maßnahmen können ganzjährig beantragt werden, ebenso die Energiesparmodelle.

SERVICE &  
KOMPETENZ  
ZENTRUM



**Weitere Informationen:**  
Julius Hagelstange, M.Sc.  
Telefon: 0221/340308-24  
E-Mail: hagelstange@difu.de

### Infotour-Termine:

- 8.10. Magdeburg
- 26.10. Erfurt
- 3.11. Leipzig
- 4.11. Kiel
- 19.11. Berlin
- 25.11. Bremen
- 25.11. Kaiserslautern
- 2.12. Wiesbaden

### Weitere Informationen:

Detailfragen rund um die novellierte Richtlinie beantwortet das SK:KK nicht nur im Rahmen der Informationstour, sondern auch telefonisch, per Mail und auf seiner Internetseite: [www.klimaschutz.de/kommunen](http://www.klimaschutz.de/kommunen)

Der Projektträger Jülich (PtJ) ist verantwortlich für die fachliche und administrative Bearbeitung der eingereichten Förderanträge und beantwortet gern Fragen zur Antragstellung und zur Antragsbearbeitung: [www.ptj.de/klimaschutzinitiative-kommunen](http://www.ptj.de/klimaschutzinitiative-kommunen)

### Anmeldung:

[www.klimaschutz.de/kommunen](http://www.klimaschutz.de/kommunen)  
Telefon: 030/39001-170  
E-Mail: [skkk@klimaschutz.de](mailto:skkk@klimaschutz.de)



# Leitlinien zur Bürgerbeteiligung der Stadt Köln

Mit Blick auf die oft geforderte Verbesserung der Bürgerbeteiligung in Kommunen richten sich besondere Erwartungen an informelle Prozesse. Ihre Weiterqualifizierung muss mit veränderten Kooperationsstrukturen und -kulturen einhergehen, geht es doch um ein neues Miteinander von Stadtverwaltung, Politik und Bürgerschaft. Voraussetzung sind gemeinsame Ziele und Spielregeln und ein darauf aufbauendes Organisationskonzept kommunaler Beteiligungskultur. Grundsätze oder Leitlinien zur Bürgerbeteiligung geben ihr Rahmen und Orientierung. Sie konkretisieren Qualitätsanforderungen und legen darauf aufbauende Ansprüche an die Gestaltung der Beteiligungsprozesse verbindlich fest.

Seit 2014 beschreitet die Stadt Köln diesen Weg. Im Mai 2015 beauftragte der Rat die Verwaltung, einen Prozess zur Erarbeitung von Leitlinien und Regeln für die Beteiligung von Bürgern in Köln durchzuführen. Dieser Leitlinienprozess soll zweistufig im Dialog mit Vertretern der Stadtgesellschaft, der Ver-

waltung und der Politik stattfinden. In der Konzeptionsphase, die vom Deutschen Institut für Urbanistik bis März 2016 wissenschaftlich begleitet und moderiert wird, arbeiten Vertreter der Stadtgesellschaft, der Verwaltung und der Politik im „Konzeptionsgremium“ mit.

Das Gremium soll festlegen, wer an der Erarbeitung von Leitlinien und Regeln für die Beteiligung von Bürgern in Köln im Einzelnen zu beteiligen ist. Dabei ist insbesondere darauf zu achten, dass die Vielfalt der Kölner Stadtgesellschaft (u.a. Kinder- und Jugendliche, Migranten, Menschen mit Behinderungen) einbezogen wird und niederschwellige Angebote zur Mitwirkung unterbreitet werden. Außerdem beschäftigt sich das Konzeptionsgremium mit den Arbeitsstrukturen und dem Zeitraum des Prozesses sowie den grundlegenden Fragestellungen, die zu bearbeiten sein werden. Im Ergebnis soll das Gremium bis März 2016 dem Rat der Stadt einen Vorschlag für die Ausgestaltung der Arbeitsphase unterbreiten.

## Weitere Informationen:

Dr. rer. pol. Stephanie Bock  
Telefon: 030/39001-189  
E-Mail: bock@difu.de

Dr. rer. soc. Bettina Reimann  
Telefon: 030/39001-191  
E-Mail: reimann@difu.de



Foto: © Ikhlas Abbis.

Gremium zur Konzeption des Leitlinienprozesses zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern in der Stadt Köln



# Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten

Wie können Zuwanderung und Integration die Entwicklung städtischer Zentren fördern? Und wie gelingt es, stadtentwicklungs- und integrationspolitisches Handeln zu verknüpfen? Bei dem neuen praxis-orientierten Forschungsprojekt stehen Klein- und Mittelstädte des ländlich geprägten Raums im Vordergrund, deren Innenstädte Funktionsverluste und einen vergleichsweise hohen Zuwandereranteil aufweisen.

Im Fokus stehen sowohl Zuwanderer als auch die Aufnahmegesellschaft. Besonderes Augenmerk gilt den Innenstadtbewohnern. Auch Kommunalverwaltung und kommunale Politik stehen im Zentrum der Betrachtung, da sie die Rahmenbedingungen setzen und durch ihr Handeln Prozesse der Integration fördern können. Es soll darauf hingewirkt werden, integrations- und stadtentwicklungs-politisches Handeln zu verknüpfen. Durch das Zusammenspiel von baulich infrastrukturellen und sozial integrativen Maßnahmen

und unter Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure und Bewohnerschaft soll auf die sozialräumliche Integration, die Verbesserung der Teilhabechancen von Zuwanderern und die Entwicklung einer gemeinsamen städtischen Identität Einfluss genommen werden.

Der Transfer von der Forschung in die Praxis erfolgt mit finanzieller Unterstützung des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) der EU, des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sowie des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration. Weitere Kooperationspartner sind der Deutsche Städte- und Gemeindebund und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. Acht Kommunen werden in das Projekt einbezogen. Sie erhalten neben fachlicher Unterstützung auch finanzielle Mittel, um Maßnahmen vor Ort umzusetzen. Interessierte Kommunen können sich bis zum 19.10.2015 bewerben.

Foto: Sybille Wenke-Thiem



## Weitere Informationen:

Dr. rer. soc. Bettina Reimann  
Telefon: 030/39001-191  
E-Mail: reimann@difu.de

Dipl.-Soz. Gudrun Kirchhoff  
Telefon: 030/39001-192  
E-Mail: kirchhoff@difu.de

Details auf der Difu-Website:  
<http://bit.ly/1FHHc6p>

# Planspiel zur Städtebaurechtsnovelle 2016

Nach den Novellen von BauGB und BauNVO 2011 und 2013 sowie kleinen Änderungen 2014 steht erneut eine Gesetzesänderung bevor. Anlass ist die Notwendigkeit, die Änderungsrichtlinie zur UVP-Richtlinie 2014/52/EU des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2011/92/EU fristgerecht bis zum 16. Mai 2017 in nationales Recht umzusetzen. Zudem wird seitens der Bundesregierung erwogen, auch weitere städtebauliche Anliegen im aktuellen Gesetzgebungsverfahren aufzugreifen. Hierzu gehört z.B. die für viele Fremdenverkehrsorte – aber auch für einige große Städte mit Wohnraumversorgungsproblemen – wichtige Frage der Zulässigkeit bzw. Nichtzulässigkeit von Ferienwohnungen in reinen und allgemeinen Wohngebieten. Weitere Überlegungen gibt es darüber, ob Fragen des abgestuften Lärmschutzstandards unterschiedlicher Baugebiets-typen in stärkerem Maße der Abwägungs-

entscheidung der Gemeinden vorbehalten werden sollten. Auch wenn noch nicht feststeht, ob diese und weitere Aspekte Eingang in die bevorstehende Novelle finden, wird deutlich, dass für die kommunale Planungspraxis eminent wichtige Aspekte auf der Agenda stehen.

In guter Tradition hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit auch für diese Novelle ein Planspiel mit ausgewählten Kommunen vorgesehen. Dabei werden die geplanten Gesetzesänderungen auf ihre Praktikabilität und Wirksamkeit realitätsnah getestet. Mit der Durchführung wurde das Difu beauftragt. Welche Städte dabei sind, wird derzeit unter Einbeziehung des Deutschen Städtetages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes geklärt. Das Planspiel beginnt, sobald ein autorisierter Gesetzentwurf vorliegt.

## Monitor Nachhaltige Kommune

Auf der politischen Agenda vieler Kommunen ist das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung mittlerweile fest verankert. Sie leisten somit einen wesentlichen Beitrag, den Begriff der „Nachhaltigkeit“ vor Ort mit Leben zu füllen. Nachhaltige Kommunen zeichnen sich dadurch aus, dass die verantwortlichen Akteure ihre Entscheidungen für das Gemeinwesen generationengerecht und ganzheitlich ausrichten und dabei möglichst partizipativ vorgehen. „Ganzheitlich“ umfasst in diesem Zusammenhang ökonomische, ökologische, soziale und kulturelle Aspekte. Das kommunale Nachhaltigkeitsmanagement steht dabei vor immensen Herausforderungen, so zum Beispiel den Auswirkungen der demographischen Entwicklung und der angespannten Finanzsituation in manchen Kommunen.

Während viele Kommunen bereits durch die Veröffentlichung entsprechender Berichte Transparenz über den Stand der nachhaltigen Entwicklung herstellen, gibt es noch kein Instrument für ein bundesweites Monitoring der Nachhaltigkeit und der damit verbundenen Steuerungsaufgaben auf kommunaler Ebene. Hier setzt der Monitor Nachhaltige Kommune an. Im Auftrag und gemeinsam mit

der Bertelsmann Stiftung wird das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) während der Pilotphase des Projekts eine Ermittlung von Kernindikatoren in den für nachhaltige Entwicklung zentralen Handlungsfeldern durchführen. Dadurch sollen den Kommunen geeignete Indikatoren für die Messung bestimmter Sachverhalte zum Thema „Nachhaltigkeit“ vorgeschlagen und realistische Maßstäbe für die Selbsteinstufung geliefert werden. Einblicke in die Prozesse des Nachhaltigkeitsmanagements werden darüber hinaus durch eine Befragung der Verwaltungschefs in den Kommunen hergestellt.

In die Indikatorenerhebung und die Befragung sollen alle Landkreise sowie Städte und Gemeinden in Deutschland mit mindestens 5.000 Einwohnern einbezogen werden. Der Monitor soll so praxisgerecht wie möglich gestaltet werden. Deshalb ist eine enge Kooperation mit den Kommunen und den kommunalen Spitzenverbänden vorgesehen.

Die Pilotphase zur modellhaften Entwicklung des Monitors ist von Mitte 2015 bis Ende 2016 angelegt. Anschließend ist geplant, den Monitor weiter zu entwickeln, zu ergänzen und jährlich zu aktualisieren.



Foto: Wolf-Christian Strauss

**Weitere Informationen:**  
Prof. Dr. Arno Bunzel  
Telefon: 030/39001-238  
E-Mail: bunzel@difu.de



Foto: Wolf-Christian Strauss

**Weitere Informationen:**  
Dr. Busso Grabow  
Telefon: 030/39001-248  
E-Mail: grabow@difu.de

# Praxisratgeber „Klimaanpassung und Klimaschutz für Bauherren“

## Handreichung für Kommunen zu Neubau und Sanierung

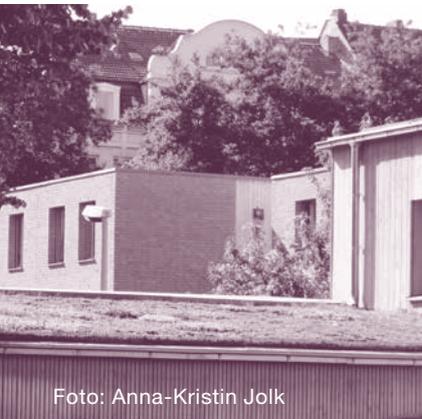


Foto: Anna-Kristin Jolk

Tipps für Bauherren – mehr Grün für mehr Wohnkomfort

### Weitere Informationen:

Dipl.-Geogr. Luise Willen  
Telefon: 0221/340308-19  
E-Mail: willen@difu.de

Die steigende Zahl von Extremwetterereignissen wie Hitze, Starkregen oder Sturm wird künftig verstärkt Maßnahmen zur Klimaanpassung im Gebäudebereich erfordern. Während zum Themenfeld Klimaschutz und Bauen von Kommunen schon Kampagnen umgesetzt werden, Broschüren erstellt und von einer Vielzahl von Bauherren berücksichtigt werden, rückt das Themenfeld Klimaanpassung in der Immobilienbranche erst nach und nach in den Fokus der Öffentlichkeit.

Das Difu erstellt daher – im Auftrag der Schwäbisch Hall-Stiftung bauen-wohnen-leben und unter Schirmherrschaft des Deutschen Städtetages – einen Praxisratgeber „Klimaanpassung für Bauherren“. Die Handreichung für Kommunen, Bauherren und Bürger soll über Vorsorgemaßnahmen zur Risikominimierung im Kontext Klimaanpassung und Immobilien informieren. Zwei Praxisratgeber sollen die Frage beantworten, wie pri-

vate Bauherren bei Neubau bzw. bei einer Sanierung klimaangepasst handeln können.

Für das Projekt wurde eine begleitende Arbeitsgruppe eingerichtet, die vorrangig beratend tätig ist und sich aus Vertretern des Auftraggebers, des Auftragnehmers und des Kooperationspartners Deutscher Städtetag sowie weiteren Experten zusammensetzt. Um das bestehende Praxis- und Fachwissen bei der Erstellung der Ratgeber einzubinden, wird im Projektzeitraum eine Werkstatt mit Kommunalvertretern und weiteren Experten, u.a. aus Planung, Umwelt, Bauen und Stadtentwässerung durchgeführt. Ziel ist es, zentrale Aspekte aus der kommunalen Praxis zum Thema herauszuarbeiten. Außerdem sind Bauherren – die Zielgruppe des Ratgebers – eingeladen an der Werkstatt teilzunehmen, damit auch Fragen und Wünsche aus Adressatensicht berücksichtigt werden. Die Ergebnisse fließen in die Praxisratgeber ein.

## Dokumentationsserien des Difu

### Graue Literatur zur Stadt-, Regional- und Landesplanung sowie Kommunalwissenschaftliche Dissertationen

Mit seiner Dokumentationsserie „Graue Literatur zur Stadt-, Regional- und Landesplanung“ bietet das Difu zweimal jährlich Informationen über Publikationen an, die nicht über den Buchhandel vertrieben werden. Herausgeber dieser Print- bzw. Online-Veröffentlichungen sind meist Ämter, Vereine und andere Institutionen. In jedem Dokumentationsband sind Literaturhinweise zu aktuellen wissenschaftlichen Veröffentlichungen wie Planungs- und Forschungsberichten und Gutachten zu finden. Mit der Dokumentationsserie unterstützt das Difu auch den kommunalen Erfahrungsaustausch. So kann beispielsweise eine Stadt, die eine neue Broschüre konzipieren möchte, sich über ähnliche Publikationen anderer Städte informieren und inspirieren lassen und diese Beispiele für die eigene Planung nutzen.

Einmal jährlich gibt das Difu den Band „Kommunalwissenschaftliche Disserta-

tionen“ heraus. Die Auswahl von Hochschulschriften mit kommunalem Bezug kann für die Kommunen von hohem Wert sein, ermöglichen sie doch einen Blick in die neusten Forschungsarbeiten zu allen kommunalen Aufgabenfeldern.

Beide Dokumentationsserien berücksichtigen alle kommunal relevanten Themengebiete von der Stadtplanung über Bevölkerungsentwicklung und Klimawandel bis hin zur kommunalen Wirtschaftsförderung. Die Literaturnachweise werden aus der Difu-Datenbank ORLIS zusammengestellt. Jeder Band enthält einen Referateteil mit 300 Literaturhinweisen, oft mit Verlinkung zum Volltext der Dokumente und ist durch ausführliche Sach-, Regional- und Verfasserregister erschlossen.

Difu-Zuwender erhalten die Bände kostenlos. Sie stehen exklusiv für Zuwender auch im Online-Format im Difu-Extranet bereit.



### Weitere Informationen:

Susanne Plagemann, M.A.  
Telefon: 030/39001-274  
E-Mail: plagemann@difu.de

### Doku-Serien

<http://bit.ly/1KmFdKQ>

### Zugang zum Difu-Extranet

<http://www.difu.de/institut/zuwender>

# Interkommunaler Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung

Der 45. Interkommunale Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung und Sozialplanung – einer Veranstaltungsserie des Deutschen Institut für Urbanistik mit langer Tradition, die im Frühjahr 1973 als Reaktion auf die drängenden kommunalen Herausforderungen ins Leben gerufen wurde – fand vom 10. bis 12. Juni auf Einladung der Landeshauptstadt Dresden statt.

In der Außenwahrnehmung steht Dresden vor allem für die Ausstrahlung des wieder hergestellten historischen Zentrums und seine Lage an der Elbe. Aber das städtische Gefüge besteht natürlich aus zahlreichen – meist weniger bekannten – attraktiven Quartieren und Ortsteilen in einer seit mehreren Jahren wieder wachsenden Stadt. In diesem Jahr blickt die Stadt Dresden auf 25 Jahre Stadterneuerung seit der Wende zurück. Die umfangreichen Erfahrungen der Stadt beinhalten den Einsatz vielfältiger Planungs- und Förderinstrumente, die Ausweisung von 14 Stadterneuerungsgebieten sowie die Umsetzung unterschiedlicher Programme der Städtebauförderung oder auch die Nutzung europäischer Programmmittel (EFRE). So wurden bislang rund 420 Mio. Euro Fördermittel genutzt, die ein Gesamtinvestitionsvolumen von 2,9 Mrd. Euro umfassen. Von den Erfolgen dieser Arbeit der Stadtverwaltung konnten sich die rund 70 teilnehmenden Fachleute im Rahmen interessanter Vorträge und Fach-Exkursionen, die auch abseits der gängigen Quartiere und ausgetretenen Pfade führten, überzeugen.

Mit dem neuen Wachstum der Stadt von rund 6.000 Einwohnern jährlich sind auch zahlreiche Herausforderungen verknüpft: Denn dieser Zuwachs wird nicht mehr – wie in der Vergangenheit – als Stadterweiterung realisiert, sondern er entsteht in Form von Ergänzung und Nachverdichtung in der Stadt. Dies ist für die meisten deutschen Großstädte „neu“ und stellt einen Paradigmenwechsel dar. So waren die damit einhergehenden Herausforderungen wie die Bereitstellung von (bezahlbarem) Wohnraum, Verdrängungs- und Gentrifizierungsprozesse, erforderliche Anpassungen der sozialen, technischen sowie verkehrsbezogenen Infrastruktur und der Erhalt einer qualitativen Grün- und Freiflächenversorgung – einschließlich

Fragen der Klimaanpassung – auch Thema des Abschlusspodiums „Handlungsfelder der Stadterneuerung in einer prosperierenden Stadt – Stadterneuerung als Chance oder als Verdrängungsmotor?“. Eingeleitet durch einen Vortrag diskutierten Dr. Jan Glatter von der Universität Köln, Jörn Marx und Stefan Szuggat von der Stadt Dresden, Joachim Gerth vom BMUB sowie Thomas Pirrong vom SMI mit den Tagungsteilnehmern.

Zum Abschluss konnten sich die Teilnehmer bei bestem Wetter nochmals von den „weichen Standortfaktoren“ Dresdens – insbesondere der wunderbaren Lage der Stadt im Elbtal – im Rahmen einer Fahrt auf dem Strom überzeugen.

**Weitere Informationen:**  
Dipl.-Ing.  
Wolf-Christian Strauss  
Telefon: 030/39001-296  
E-Mail: strauss@difu.de

**Terminhinweis:**  
46. Interkommunaler Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung und Sozialplanung  
8.–10. Juni 2016 in Karlsruhe



Foto: Wolf-Christian Strauss

# Difu-Fortbildungsprogramm 2016

## Forum für Praxis, Wissen und Erfahrungsaustausch



Seit mehr als 40 Jahren ist die Konzipierung und Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen eine zentrale Aufgabe des Deutschen Instituts für Urbanistik. Dank intensiver Kontakte zu Kommunen und der Möglichkeit, aktuelle Forschungsergebnisse direkt in die Veranstaltungen einfließen zu lassen, stellt die Bildungsaktivität des Difu eine unmittelbare Verbindung zwischen Theorie und kommunaler Praxis dar.

Im Rahmen der meist zweitägigen Veranstaltungen werden Wissenstransfer und Erfahrungsaustausch durch eine Mischung bewährter und innovativer Methoden lebendig und spannend. Mit seinem vielfältigen und praxisorientierten Bildungsangebot hat sich das Difu vor allem bei Fach- und Führungskräften aus Kommunalverwaltungen, bei politischen Entscheidungsträgern und bei Beschäftigten, die sich in eine neue Materie einarbeiten müssen, als renommierte Adresse etabliert, um Kompetenzen zu erwerben, zu aktualisieren und zu vertiefen, Erfahrungen auszutauschen und informelle Netzwerke aufzubauen und zu pflegen.

Das Spektrum der Difu-Veranstaltungen umfasst im klassischen Seminarbereich kommunalpolitische Themen- und Aufgabenfelder wie Stadtentwicklung/Stadtplanung und Planungsrecht, Infrastrukturplanung, kommunale Finanz-, Wirtschafts-, Bildungs-, Gesundheits-, Verkehrs- und Umweltpolitik sowie Fragen der strategischen Steuerung. Die Bildungsformate umfassen neben den in Berlin stattfindenden Seminaren auch Fachtagungen, Regionalseminare und Brennpunktseminare, mit denen kurzfristig auf aktuelle Entwicklungen reagiert wird. Darüber hinaus bietet das Difu auch zunehmend Inhouse-Seminare an. Ergänzt werden diese Angebote durch die öffentliche – und kostenfreie – Veranstaltungsserie der „Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte“, die künftig für Difu-Zuwender als Videoaufzeichnung auch im Difu-Extranet abrufbar sein wird.

Die Veranstaltungen der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe (AGFJ) richten sich an Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe sowie an verwandte Professionen und sollen in erster Linie dem Austausch von Erfahrungen sowie der Bekanntmachung und Erörterung innovativer Modelle des Verwaltungshandelns bei schwierigen Problemen dienen.

Mit der Fahrradakademie bietet das Difu kommunalen Akteuren der Radverkehrsförderung ein umfassendes Bildungsangebot an. Im Rahmen der Fahrradakademie werden ein- und mehrtägige Seminare an unterschiedlichen Standorten in Deutschland sowie Fachexkursionen angeboten.

Das „Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz“ (SK:KK) unterstützt Kommunen mit Informationen und Beratung rund um das Thema kommunaler Klimaschutz. Es bietet ganzjährig und deutschlandweit kostenfreie Veranstaltungen an. Dazu zählen unter anderem: Fach- und Vernetzungstreffen für Klimaschutzmanager, Arbeitstreffen für kommunale Entscheider und Arbeitstreffen für regionale Multiplikatoren. Der Schwerpunkt liegt dabei auf Informationen und Aktivitäten, die im Zusammenhang mit der „Kommunalrichtlinie“ des Bundesumweltministeriums stehen.

Das aktuelle diesem Berichte-Heft beiliegende Jahresprogramm 2016 des Difu enthält vertiefende Informationen zum Bildungsangebot. Die zusätzlichen Veranstaltungen zu „Brennpunktthemen“ werden auch im Internet bekannt gemacht. Die Einzelprogramme sind jeweils ca. drei bis vier Monate vor Veranstaltungsbeginn ebenso im Internet zu finden wie die ausführlichen Veranstaltungsangebote der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe, der Fahrradakademie sowie des Service- und Kompetenzzentrums Kommunaler Klimaschutz. Programme werden kurz nach ihrem Erscheinen auch per Mail verschickt.

Das Difu-Fortbildungsteam freut sich, Sie im Difu-Tagungszentrum in Berlin oder den anderen Veranstaltungsorten begrüßen zu dürfen!

### 1. Halbjahr

#### 1. Erfahrungsaustausch: Herausforderungen kleinerer und mittlerer Städte

Erfahrungsaustausch, 25.–26. Februar 2016, Berlin

#### 2. Zwischenbilanz demografischer Wandel: Wo stehen die Kommunen?

Seminar, 7.–8. April 2016, Berlin

#### 3. Parkraummanagement – neue Entwicklungen und Ansätze

Seminar, 11.–12. April 2016, Berlin

**Haben wir Sie neugierig gemacht? Dann faxen oder mailen Sie uns bitte die entsprechende Nummer. Sie erhalten das Einzelprogramm nach Fertigstellung.**

Nr. \_\_\_\_ Nr. \_\_\_\_

Nr. \_\_\_\_ Nr. \_\_\_\_

Nr. \_\_\_\_ Nr. \_\_\_\_

**Bitte geben Sie Ihren Namen und Ihre E-Mail-Adresse ein:**

Name

Vorname

E-Mail

**Senden Sie bitte Ihre Angaben an den**

**Bereich Fortbildung  
Fax: 030/39001-268  
E-Mail: [fortbildung@difu.de](mailto:fortbildung@difu.de)**

#### **4. Meine Stadt – meine Verwaltung? Kooperationskultur in und mit Politik und Verwaltung**

Seminar, 21.–23. April 2016, Berlin

#### **5. Kommunalen Umgang mit Gentrifizierung**

Seminar, 28.–29. April 2016, Berlin

#### **6. Datengrab oder strategisches Steuerungsinstrument? Möglichkeiten und Grenzen des indikatorenbasierten Sozialmonitorings**

Seminar, 9.–10. Mai 2016, Berlin

#### **7. Das europäische Beihilferecht in der kommunalen Praxis**

Seminar, 13. Mai 2016, Berlin

#### **8. 46. Interkommunaler Erfahrungsaus- tausch zur Stadterneuerung und Sozial- planung**

Erfahrungsaustausch, 8.–10. Juni 2016,  
Karlsruhe

#### **9. Städtebaurecht aktuell – Vertrags- gestaltung und Vertragsmanagement bei Baulandmodellen**

Seminar, 16.–17. Juni 2016, Berlin

#### **10. Erfahrungsaustausch Beteiligungs- kultur: ein Weg zu mehr oder weniger direkter Demokratie?**

Erfahrungsaustausch, 16.–17. Juni 2016,  
Potsdam

#### **11. Urbanes Grün und Innenentwicklung – Trends, Konzepte und Instrumente**

Seminar, 23.–24. Juni 2016, Berlin

#### **12. Sicherung, Qualifizierung und Ent- wicklung von Wirtschaftsflächen**

Seminar, 27.–28. Juni 2016, Berlin

## **2. Halbjahr**

#### **13. Korruptionsprävention im Rathaus**

Seminar, 8.–9. September 2016, Berlin

#### **14. Zusammenarbeit von Zivil- gesellschaft und Kommunen in der Bildungspolitik**

Seminar, 12.–13. September 2016, Berlin

#### **15. Sichere Räume in den Städten**

Seminar, 15.–16. September 2016, Berlin

#### **16. Blaue Lösungen – Grüne Städte: Wasserinfrastruktur in der Stadtplanung**

Seminar, 29.–30. September 2016, Berlin

#### **17. Zu viel Erfolg oder zu wenig Geduld? Die Renaissance des städtischen Wohnens als Herausforderung für die Wohnungspolitik**

Seminar, 6.–7. Oktober 2016, Berlin

#### **18. Umgestaltung von innerörtlichen Hauptverkehrsstraßen**

Seminar, 10.–11. Oktober 2016, Berlin

#### **19. Willkommenskultur und Gestaltung von Stadtgesellschaft und Umland. Auf- gaben und Herausforderungen bei der Integration von Zuwanderern und Flücht- lingen**

Seminar, 17.–18. Oktober 2016, Berlin

#### **20. Doppik konkret – Nachhaltig investieren**

Seminar, 27.–28. Oktober 2016, Berlin

#### **21. Rahmenbedingungen und aktuelle Probleme der kommunalen Sportpolitik**

Seminar, 7.–8. November 2016, Berlin

#### **22. Grüne Zwischennutzung – Neue Wege der Freiraumnutzung durch kostengünstige Grünprojekte unter Einbezug verwaltungsexterner Akteure**

Seminar, November 2016, Essen

#### **23. Online-Handel: Trend oder Hype? Und was heißt das für die (Innen-)Städte?**

Seminar 10.–11. November 2016, Berlin

#### **24. Inklusion in Schulen**

Seminar, 14.–15. November 2016, Berlin

#### **25. Forum deutscher Wirtschaftsförderer**

Kongress der kommunalen Spitzenverbände  
und des DVWE,

Kongress, 17.–18. November 2016, Berlin

#### **26. Erfahrungsaustausch Baukultur**

Erfahrungsaustausch 24.–25. November 2016,  
Berlin

#### **27. Handlungsdruck den städtischen Wirtschaftsverkehr und Lösungsvor- schläge**

Seminar, 28.–29. November 2016, Berlin

#### **28. Regionalwirtschaftliche Effekte – Ausgleichsbedarfe und Ausgleichs- instrumente**

Seminar, 1.–2. Dezember 2016, Berlin

#### **29. Perspektiven für die ÖPNV-Finanzierung**

Seminar, 5. Dezember 2016, Berlin

## **Weitere geplante Veranstaltungen 2016**

#### **30. 21. Deutscher Fachkongress für kommunales Energiemanagement**

Kongress, 1. Halbjahr 2016, Veranstaltungsort  
noch offen

#### **31. Besteuerung der öffentlichen Hand**

Seminar, 1. Halbjahr 2016, Berlin

## **URBANE VISIONEN – Die Wissensshow zur Stadt von morgen**

Shows im Rahmen des  
Wissenschaftsjahres 2015 –  
Zukunftsstadt

- 29. September, Dresden,  
Deutsches Hygiene-Museum
- 5. Oktober, Köln  
Bürgerhaus Stollwerck
- 7. Oktober, Saarbrücken  
Festsaal Rathaus

<http://www.difu.de/wissensshows>



## **Aktuelle Infos und Einzelprogramm-Flyer:**

Aktueller Stand der Programme:  
<http://www.difu.de/veranstaltungen>

## **Anforderung von Einzel- programmen per E-Mail:**

[fortbildung@difu.de](mailto:fortbildung@difu.de)

## **Weitere themenspezifische Fortbildungsangebote:**

[www.fahrradakademie.de](http://www.fahrradakademie.de)  
[www.klimaschutz.de/kommunen](http://www.klimaschutz.de/kommunen)  
<http://www.fachtagungen-jugendhilfe.de>

## **Weitere Informationen zur Difu-Fortbildung:**

Dipl.-Volkswirt Rüdiger Knipp  
Telefon: 030/39001-242  
E-Mail: [knipp@difu.de](mailto:knipp@difu.de)

# Difu-Ansprechpartnertreffen 2015



Im Martin-Gropius-Bau: Annalie Schoen, Prof. Gereon Sievernich, Prof. Dipl.-Ing. Martin zur Nedden



Lebhafte Diskussionen zu aktuellen kommunalrelevanten Themen gab es beim diesjährigen...



... Difu-Ansprechpartnertreffen. Der Austausch fand in der Form von „World-Cafés“, Workshops ...



... und den verschiedenen Angeboten des Rahmenprogramms statt.



Exkursion: Park am Gleisdreieck  
Fotos: Sybille Wenke-Thiem

## Weitere Informationen

Sybille Wenke-Thiem  
Telefon: 030/39001-209  
E-Mail: [wenke-thiem@difu.de](mailto:wenke-thiem@difu.de)

## Virtuelle Tagungsmappe im Difu-Extranet:

<http://bit.ly/1K5I5RU>

In diesem Jahr trafen sich die Difu-Städtepartner am 25. und 26. Juni zu ihrem Jahrestreffen in Berlin. Das Treffen wurde konzeptionell umgestellt: Die bisher am ersten Tag angebotenen Workshops wurden durch eine breitere Palette von Themenangeboten ersetzt, die jeweils in Form von World-Cafés stattfanden. Die üblicherweise am Folgetag angebotenen Kurzvorträge wurden durch drei Workshops ersetzt, die sich unterschiedlichen Aspekten des Schwerpunkts „Kommunikation“ widmeten.

In seinem Eröffnungsvortrag betonte der Wissenschaftliche Direktor und Geschäftsführer des Difu, Prof. Dipl.-Ing. Martin zur Nedden, dass das neue Konzept dazu dienen sollte, dem Wunsch der Ansprechpartner nach mehr Raum für den Erfahrungsaustausch nachzukommen. Weiter informierte er über die Entwicklung des Instituts, neue Arbeitsschwerpunkte sowie das neue Difu-Fortbildungsangebot der Inhouse-Seminare.

Angelehnt an die World Café-Methode – und jeweils von Difu-Wissenschaftlern moderiert – setzten sich die Teilnehmenden an folgenden sechs Thementischen zu Diskussion und Erfahrungsaustausch zusammen:

- (Unbegleitete) minderjährige Flüchtlinge: Kommunale Chance und Herausforderung,
- Umgang mit Gentrifizierung – kommunale Strategien,
- „Not in my backyard!“ – Wenn jede Veränderung als potenzielle Verschlechterung wahrgenommen wird,
- Online-Handel – Auswirkungen auf städtische Zentren: Trend oder Hype?,
- Was heißt Smart City für die Stadtentwicklung? sowie
- Nachhaltige Mobilitätskonzepte und Umweltgerechtigkeit.

Der traditionelle Abendempfang fand diesmal im Martin-Gropius-Bau statt, wo Direktor Prof. Gereon Sievernich den Teilnehmenden auch die vielfältigen Verbindungen des Hauses mit dem Thema Stadtentwicklung erläuterte. Annalie Schoen von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt begrüßte die Gäste im Namen der Stadt Berlin und informierte über aktuelle städtebauliche Projekte Berlins. Der anschließende „Lokaltermin“ in einer benachbarten Sky-Lounge eröffnete den Teilnehmenden einen hervorragenden Blick über das nächtliche

Berlin und regte zu Gesprächen und weiterem Erfahrungsaustausch an.

Den zweiten Tag eröffnete Dr. Busso Grabow, Kaufmännischer Geschäftsführer des Difu, mit einer Präsentation der Ergebnisse der neuen Oberbürgermeister-Befragung des Difu. Im Rahmen dieses „OB-Barometers“ werden fortan jährlich wichtige Themen- und Handlungsfelder aus der kommunalen Praxis identifiziert und veröffentlicht.

Den Themenschwerpunkt „Kommunikation“ eröffnete die Leiterin des Presse- und Öffentlichkeitsreferats der Stadt Freiburg i.Br., Edith Lamersdorf mit einem übergreifenden Vortrag, der auf die Herausforderungen der Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit der Kommunen einging. In den nachfolgenden Workshops wurden folgende Themen nach jeweils kurzen Inputs der Moderatoren vertieft diskutiert:

- Zwischen anbieten und informieren? Die Rolle der Kommunen in sozialen Netzwerken (Janette Seiz, Leitung Online-Redaktion/Abteilung)
- „Ich bin von der Presse und habe kurz ein paar Fragen“ – Souveräner Umgang mit dem „Presseüberfall“ (Edith Lamersdorf, Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsreferat, Stadt Freiburg)
- „Wie sage ich es meinem Bürger?“ Kommunikationsarten und -wege für das Vermitteln schwieriger Themen (Dipl.-Pol. Jenny Pahlmeyer, Dipl.-Des. Jana Friedrich, Mediator GmbH, Berlin)

Nach der gemeinsamen inhaltlichen Arbeit brachte Markus Kohlke, LAMAKO//frei[e] raumplanung, den Teilnehmenden während einer Exkursion in den Park am Gleisdreieck die Planungsgeschichte und innovative Parkgestaltung des Areals näher. Dieser Ausflug bot nach einem erlebnis- und erkenntnisreichen Veranstaltungsprogramm eine hervorragende Gelegenheit, das Difu-Ansprechpartnertreffen 2015 ausklingen zu lassen.

Die Präsentationen der Vortragenden, weiteres Informationsmaterial sowie Impressionen des Treffens stehen wie immer in der virtuellen Tagungsmappe im Difu-Extranet zur Verfügung. Diese ist exklusiv für Rat und Verwaltung der Difu-Zuwanderstädte und -verbände zugänglich.

# Jugendarbeit braucht stärkeren Anschluss an gesellschaftliche Debatten und Prozesse!

Die von der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe am Difu durchgeführte Tagung „Noch Raum für offene Jugendarbeit? Zwischen virtuellen Lebensräumen, Schulstress und Real-Life“ fand Ende 2014 in Berlin statt und wurde von 250 Fachkräften der öffentlichen und freien Jugendhilfe besucht. Anliegen der Tagungsteilnehmer war es, darüber zu diskutieren, welchen Auftrag sich Jugendarbeit in der Kinder- und Jugendhilfe heute mit Blick auf die veränderten Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen, dem demografischen Wandel, knappen Kassen und Personalabbau selber gibt, wie sie ihr Zukunftspotenzial und ihre Aufgaben definiert. Dazu gehörte auch die Auseinandersetzung mit den Fragen, ob offene Jugendarbeit heute mehr fremd- als eigenbestimmt ist, indem sie unterstützende Dienstleistungen, z.B. für die Schule oder im Feld der Hilfen zur Erziehung, übernimmt. Und wie mit Blick auf die Grundprämissen „Freiwilligkeit, Partizipation und Alltagsorientierung“ eine neue Handlungssicherheit in der Jugendarbeit hergestellt werden kann, die mit den Bedürfnissen und Interessenlagen der Kinder und Jugendlichen übereinstimmt. Am wichtigsten war im Verlauf der Tagung die Auseinandersetzung mit der Frage, wie das Thema „Jugendarbeit“ und die dort engagierten Fachkräfte mehr Gehör für ihre Belange in der Kommunalpolitik finden können und wie die hierfür fehlende Lobby geschaffen werden kann. Wobei auch klar war: „Es kommt auf unser Engagement an, zukunftsfähige Angebote zu gestalten. Wir sollten was verändern!“

## Always online?

Zur Frage: „Jung und rundrum digitalisiert?“ stellte Joanna Schmölz, Stellvertretende Direktorin des Deutschen Instituts für Vertrauen und Sicherheit im Internet (DIVSI), Hamburg, Ergebnisse der „DIVSI U25-Studie: Kinder, Jugendliche und jungen Erwachsene in der digitalen Welt“ vor. Sie verwies darauf, dass Jugendliche ab 14 Jahren sehr autark und selbstständig in ihrer Mediennutzung seien und der Elterneinfluss keine große Rolle mehr spielt. Das Smartphone sei ab da der „Herzschrittmacher der Jugendlichen“, von denen 98 Prozent (14-24 Jahre) täglich online sind oder sich sogar nie ausloggen. Und ein Online-Verbot sei der Hausarrest des digitalen Zeitalters. Es gebe ein eigenes Verständnis von Privatheit und Onlinewelt.

In letzterer ist eigene Reputation, Selbstinzenierung und Ansehen in der Peer-Group sehr wichtig. Privates/Peinliches/Intimes hingegen werde nicht in Netzwerken, sondern unter vier Augen ausgetauscht. Es sei zu beobachten, dass Jugendliche zurückhaltender mit der Veröffentlichung von privaten Inhalten geworden sind, „weil man alles, was im Netz steht, nie wieder löschen kann“. Mobbing im Netz sei ein sehr zentrales Thema unter Jugendlichen.

## Einfach mal Chillen ...

Prof. Dr. Ulrich Deinet, Leiter der Forschungsstelle für sozialraumorientierte Praxisforschung und -entwicklung (FSPE), Fachhochschule Düsseldorf sprach darüber, wie die Kluft zwischen Wissenschaft und Praxis geschlossen werden kann und Fachkräfte erfahren können, was Jugendliche brauchen (und wollen). Um dies zu beantworten, müsse man die Mobilitätsmuster Jugendlicher erkunden (Begehung von Stadtteilen und virtuellen Orten) und sich damit auseinandersetzen, was daran bemerkenswert ist. Jede Stadt/Region habe ihre eigenen Muster, die nicht 1:1 auf andere übertragbar sind. Neu sei das Interesse Jugendlicher am „Chillen“. Dies verdiene Beachtung. „Jugendliche verharren in Gelegenheitsstrukturen“ (L. Bönnisch) und chillen z.B. in der Shoppingmall als halböffentlichem Platz. Mit diesen Lebenswirklichkeiten und -orten muss sich Jugendarbeit beschäftigen. Heute könne auch ein „McDonalds“ als erfolgreicher Raum für Jugendarbeit genutzt werden.

Wie ist das, was Jugendliche brauchen (und wollen) kommunalpolitisch umsetzbar? Wie gelingt es der Politik, gemeinsam mit der Kinder- und Jugendhilfe umzusteuern? Bei den Teilnehmenden bestand Konsens, dass es helfen würde, substanziell an die Kommunalfinanzen ranzugehen, Verteilungsgerechtigkeit herzustellen sowie generell quantitativ und qualitativ mehr Ressourcen bereit zu stellen. Dazu braucht man die Politik, um gute Ideen weiterzutragen und zu kommunizieren. Was bleibt nun von der Tagung? Ein Teilnehmer hat es so zusammengefasst: „Ermutigung für Jugendarbeit zu kämpfen. Orientierung über Stand der Debatte. Viele engagierte Kollegen landesweit.“



Joanna Schmölz, Stellvertretende Direktorin des Deutschen Instituts für Vertrauen und Sicherheit im Internet (DIVSI), Hamburg



Prof. Dr. Ulrich Deinet, Fachhochschule Düsseldorf; Peter Martin Thomas, SINUS: akademie Heidelberg



Anna Jansen, Studentin, Osnabrück; Sieghard Kelle, Geschäftsführer Stuttgarter Jugendhaus gGmbH



Jörg Freese, Deutscher Landkreistag; Norbert Hocke, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Berlin

Fotos: Rita Rabe

## Weitere Informationen:

Dipl.-Soz. Kerstin Landua  
AG Fachtagungen  
Jugendhilfe im Difu  
Telefon: 030/39001-135  
E-Mail: landua@difu.de

# Planung und Genehmigung unter Beachtung der Seveso-Richtlinie

Difu-Seminar „Städtebaurecht aktuell“

**Weitere Informationen:**  
Prof. Dr. Arno Bunzel  
Telefon: 030/39001-238  
E-Mail: bunzel@difu.de

Bauleitplanung und die Bauaufsicht sorgen dafür, dass dem Erfordernis, einen angemessenen Sicherheitsabstand zwischen Störfallbetrieben einerseits und Wohngebieten, öffentlich genutzten Gebäuden und Gebieten, Erholungsgebieten und Hauptverkehrswegen andererseits zu wahren, langfristig Rechnung getragen wird. Dieser Satz fasst die Anforderungen aus Art. 13 der Seveso-III-Richtlinie (vormals Art. 12 Seveso-II-Richtlinie) zusammen, die bis zum 1. Juni 2015 in nationales Recht umzusetzen war. Bislang liegen allerdings erst Referentenentwürfe für ein entsprechendes Umsetzungsgesetz und eine Umsetzungsverordnung mit Änderungen im Bundesimmissionsschutzgesetz, im UVP-Gesetz und im Umweltrechtsbehelfsgesetz sowie in der Störfallverordnung vor.

Vor allem der Umstand, dass nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs nicht nur bei der Bauleitplanung, sondern auch bei der Baugenehmigung die nach der Seveso-Richtlinie geforderte Prüfung erforderlich ist, bereitet den Kommunen Probleme. Denn Störfallbetriebe befinden sich häufig innerhalb des Siedlungsgefüges. Abstandsabstände – wie Sie von der KAS (Kommission für Anlagensicherheit) beschrieben werden – sind vielfach durch die Siedlungsentwicklung obsolet. Gleichwohl sind die Anforderungen bei der nachträglichen Ergänzung durch weitere Vorhaben zu berücksichtigen. Eine städtebaulich oft wünschenswerte Innenverdichtung und Funktionsmischung hat hier in der Regel zu unterbleiben. Doch welche Maßstäbe sind für die Bestimmung der angemessenen Abstände heranzuziehen? Welche Gestaltungsspielräume verbleiben bei Planungsvorhaben und im Genehmigungsverfahren? Wann ist die Aufstellung eines Bebauungsplans zur Problembewältigung erforderlich und wann hilfreich?

Diesen Fragen ging das Difu-Seminar im Juni nach, welches sich in die jährlich durchgeführten Veranstaltungen unter dem Titel „Städtebaurecht aktuell“ einreichte. In durchweg spannenden Vorträgen und interessanten Diskussionen kam man zu gangbaren Lösungswegen, aber leider auch zu teilweise ernüchternden Ergebnissen. So gibt es aufgrund fehlender gesetzlicher Determination und Rechtsprechung eine Reihe ungeklärter

Rechtsfragen. Damit wird es den Bauplanungs- und Genehmigungsbehörden nicht leicht gemacht, die Seveso-RL anzuwenden. Es wird noch einiger Kommunen bedürfen, die sich Gerichtsverfahren aussetzen, um auf diesem Wege Rechtssicherheit herbeizuführen. Das haben die Praxisbeispiele aus Darmstadt anschaulich gezeigt. Daneben zeigten Praxisbeispiele aus Hamburg, Frankfurt am Main und Dortmund, wie vorgegangen werden kann, wenn Störfallbetriebe nicht klagegeneigt sind – etwa wenn auf Seiten des Störfallbetriebs und des Vorhabenträgers Kooperationsbereitschaft herrscht –, aber auch bei welchen Prüfungspunkten noch Unsicherheit herrscht.

Neben diesen Werkstattberichten wurde über die Neuerungen der Seveso-III-Richtlinie gesprochen – hier sticht insbesondere die Öffentlichkeitsinformation und -beteiligung sowie die Ausweitung des Zugangs zu den Gerichten heraus. Erläutert wurde auch die Berechnung der angemessenen Abstände nach dem Leitfaden 18 der Kommission für Anlagensicherheit (KAS 18). Danach wurde auf die Gestaltungsmöglichkeiten in der Bauleitplanung eingegangen sowie auf die Rechtsprechung sowie deren Konsequenzen für die Planungs- und Genehmigungspraxis. Es wurden die Arbeitshilfe der Fachkommission Städtebau der Bauministerkonferenz (ARGEBAU) zur Seveso-Richtlinie vorgestellt und die einzelnen Prüfungsschritte bei der Baugenehmigung von Vorhaben im Nahbereich von Störfallbetrieben erläutert. Dabei wurde auch den teilweise abweichenden Meinungen der Bund/Länderarbeitsgemeinschaft für Immissionsschutz (LAI) Raum gegeben. Da das Thema „Information und Beteiligung der Öffentlichkeit“ mit der Seveso III-RL einen noch stärkeren Stellenwert bekam als bisher, hier insbesondere auch die LBauO geändert werden müssen, widmete sich ein Vortrag dem Umgang mit nachbarschaftlichen Konflikten und öffentlicher Meinung. Abschließend wurde ein Überblick über die aktuellen Überlegungen des BMUB zur Städtebaupolitik und -gesetzgebung gegeben. Viele der Beteiligten des Seminars plädierten dafür, das Thema in zwei Jahren – wenn es mehr Rechtsprechung geben dürfte – erneut im Rahmen eines Seminars aufzurufen.



Foto: Wolf-Christian Strauss

# Das aktuelle europäische Beihilferecht in der Praxis

Im Juni veranstaltete das Deutsche Institut für Urbanistik in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städtetag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund ein Seminar, welches sich in die jährlich durchgeführten Veranstaltungen von Kommunen für Kommunen zum Europäischen Beihilferecht einreihete. Das Beihilferecht ist immer dann zu beachten, wenn finanzielle Zuwendungen der öffentlichen Hand an private oder kommunale Unternehmen aus Gründen der Daseinsvorsorge geleistet werden. Das komplexe Rechtsgebiet birgt dabei viele Interpretationsspielräume, ungeklärte Rechtsfragen und damit einhergehende Rechtsunsicherheit. Diese konnten im Rahmen des Seminars zum Teil durch die interessanten Vorträge und aufschlussreichen Diskussionen minimiert und ausgeräumt werden, zum Teil waren die Resultate aber auch ernüchternd. Es bleibt eine sehr anspruchsvolle Aufgabe des kommunalen Teilnehmungsmanagements und der mit dem Thema betrauten Ämter, das Europäische Beihilferecht anzuwenden.

Nach einem gelungenen Überblick zur Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung wurden anhand zentraler Urteile die Schnittstellen zwischen dem Beihilferecht und der kommunalen Infrastrukturfinanzierung aufgezeigt und es erfolgte ein umfassender Einblick in die Herangehensweisen des Frankfurter Teilnehmungsmanagements. In einem Vortrag wurde der Frage nachgegangen, wie Kommunen Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI) beihilfenkonform behandeln können. Zudem wurden die Wechselwirkungen zwischen Beihilfe- und Steuerrecht beleuchtet und es wurde auf aktuelle beihilferechtliche Risiken eingegangen.

Das Beihilferecht wurde aber nicht nur in Vorträgen mit anschließender Diskussion vermittelt, sondern auch in Arbeitsgruppen mit Experten aus der kommunalen Praxis erörtert. Dort wurden Strategien und Verfahren im Umgang mit dem europäischen Beihilferecht anhand konkreter Fallbeispiele aus Heilbronn, Frankfurt und München vorgestellt, reflektiert und diskutiert. Die drei Arbeitsgruppen standen unter den Überschriften „Betrachtung eines Versorgungsunternehmens“, „Betrachtung von Trägern der Wohlfahrtspflege“ und „Kommunale Infrastrukturfinanzierung“.

Ergebnisse des Seminars waren, dass einerseits im europäischen Beihilferecht zumindest von legislativer Seite Ruhe eingekehrt, dass andererseits aber von Seiten der EU-Kommission stärker auf die Umsetzung geschaut wird. Als zentral wurde die Notwendigkeit der Dokumentation und Verschriftlichung herausgehoben, auch in den Fällen, in denen man sich gegen eine Betrauung entscheidet. Hingewiesen wurde auch darauf, dass es eine Reihe von Anlaufstellen gibt, an die man sich bei Fragen wenden kann: die zuständigen Landesministerien (Wirtschaft), regionale oder überregionale Arbeitskreise sowie die Verbände.

Das Seminar hat gezeigt, dass das kommunale Vorgehen in Bezug auf das Europäische Beihilferecht keinesfalls einheitlich ist – weder im interkommunalen Vergleich noch innerhalb jeder Kommune. So gibt es etwa sehr verschiedene Positionen dazu, mit welchen Mitteln und auf welche Weise dem Beihilferecht zu entsprechen sei. Diesbezüglich kam man zu der Einschätzung, dass nicht ein Einzelner diese Positionierung selbst treffen und verantworten sollte, sondern mehrere Mitarbeiter gemeinsam im Sinne einer Strategiefindung. Auch die Hausspitze sollte in besonderem Maße involviert sein. Dabei gebe es – unter der bestehenden Rechtslage – viele Wege, die gegangen werden könnten. Es sollte aber ein bestimmter Weg eingeschlagen und dann auch konsequent verfolgt werden. Zudem sollten die Verantwortlichkeiten klar sein: Dabei sind neben dem Teilnehmungsmanagement das Rechtsamt und die zuwendenden Fachämter in einem genau abgesteckten Umfang in die Pflicht zu nehmen, ebenso wie die kommunalen Unternehmen.

Abschließend ist festzuhalten, dass sich trotz der vielen diskutierten Schwierigkeiten die Einschätzung durch die Veranstaltung gezogen hat, dass – hat man sich einmal in die Materie eingearbeitet – die meisten Sachverhalte ohne externe Hilfe zu bewältigen sind.

## Weitere Informationen:

Ass. iur. Stefanie Hanke, LL.M.

Telefon: 030/39001-157

E-Mail: hanke@difu.de



# EU-Mobilitätspolitik: Förderprogramme verstehen und nutzen

## Gemeinsamer Fortbildungstag von CIVINET und Difu

Die EU ist insbesondere im Bereich der Förderung nachhaltiger städtischer Mobilitätsprojekte nicht nur wichtiger Fördermittelgeber sondern auch starker Impulsgeber. Der mehrjährige EU-Finanzrahmen stellt über verschiedene Programme Mittel zur Unterstützung nachhaltiger städtischer Mobilität zur Verfügung.

In Zukunft wird es für Städte zunehmend wichtiger werden, europäische Verkehrspolitik zu verstehen und Zugang zu den Förderinstrumentarien der EU zu erlangen. Nur – wie können die Kommunen von diesen Fördermitteln profitieren?

Es zeigt sich, dass die Befassung mit europäischen Themen und insbesondere die Antragstellung für ein europäisch gefördertes Projekt für viele Städte noch keine alltägliche Praxis ist. Aufgrund mangelnder Erfahrung ist es vielfach schwierig, den Weg von der ersten Projektidee bis hin zur erfolgreichen Einreichung eines Antrags zu meistern – und in der Breite der Möglichkeiten und den unterschiedlichen Projektanforderungen nicht den Mut und den Überblick zu verlieren.

Der gemeinsam vom Deutschen Institut für Urbanistik und dem CIVINET Deutscher Sprachraum konzipierte Fortbildungstag richtet sich insbesondere an Kommunen und

Akteure, die mehr über die aktuelle Förderkulisse und derzeit laufende EU-Programme erfahren möchten,

- anhand erfolgter Antragstellungen von guten und schlechten Erfahrungen lernen möchten, welche Voraussetzungen zu erfüllen sind und wo (die üblichen) Stolperfallen sind,
- praktische Tipps zu Verfahren und Abläufen erhalten möchten.

Im Rahmen der eintägigen Veranstaltung werden den Teilnehmern eingangs die Grundlagen europäischer Mobilitätspolitik und Förderlogik vermittelt, dargestellt welche Institutionen aber auch Programme für deutschsprachige Kommunen von besonderer Relevanz sind und welche Unterstützungsleistungen Städte und Gemeinden und ihre Partner in Anspruch nehmen können.

Neben Erfahrungsberichten aus verschiedenen Städten wird am Nachmittag der Schwerpunkt auf der umfassenden Vorstellung der verschiedenen Förderprogramme liegen. In Kleingruppen werden die Programminhalte, Verfahrensschritte, Stolperfallen und Erfolgsfaktoren vorgestellt.

Der Fortbildungstag dient aber nicht nur „technischen“ Fragen zu EU-Programmen, sondern lässt Raum für Diskussionen, wie sich Städte im Reigen der EU-Programme positionieren können und zeigt, wie man eigene strategische Zielsetzungen in konkrete EU-Projekte verwandeln kann und was für „Wirkungen und Nebenwirkungen“ mit EU-Projekten verbunden sein können.

Die eintägige Fortbildungsveranstaltung ist für Mitglieder des CIVINET-Netzwerks sowie für Difu-Zuwanderstädte kostenfrei. Da die Anzahl der Plätze begrenzt ist, wird um eine frühzeitige und verbindliche Anmeldung gebeten.

### Weitere Informationen:

Dipl.-Geogr.  
Anne Klein-Hitpaß  
Telefon: 030/39001-204  
E-Mail: klein-hitpass@difu.de

Anja Kleppek  
Telefon: 030/39001-243  
E-Mail: kleppek@difu.de

<http://bit.ly/1TuhkLQ>

### Über CIVINET

Das CIVINET Deutscher Sprachraum ist Teil der europäischen CIVITAS Initiative, welche 2002 von der Europäischen Union ins Leben gerufen wurde und das Ziel hat, saubere, innovative und nachhaltige Lösungen sowie ambitionierte Strategien für einen umweltfreundlichen innerstädtischen Verkehr in Europa zu fördern.

Der Wirkungsbereich des Vereins CIVINET für den deutschsprachigen Raum bezieht sich auf den deutschsprachigen Teil Europas mit Deutschland, Österreich und der Schweiz.



Foto: Martina Hertel

# Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte

## Öffentliche Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen zu aktuellen kommunalrelevanten Themen

Die seit 16 Jahren vom Difu angebotene Vortrags- und Dialogreihe widmet sich stets aktuellen kommunalrelevanten Themen. Je nach Themenschwerpunkt setzt sich der Teilnehmerkreis aus Politik, Bundes- und Landesverwaltungen, Bezirksämtern, Stadtverwaltungen, Medien sowie anderen öffentlichen und privaten Einrichtungen unterschiedlich zusammen. Nach der Themenpräsentation startet der offene Diskurs. Anschließend besteht die Möglichkeit, die Gespräche an Stehtischen fortzusetzen. Die Dialoge werden künftig auch als Videomitschnitt im Difu-Extranet für die Difu-Zuwender dokumentiert.

Die in Berlin stattfindende Veranstaltungsserie ist öffentlich und der Eintritt frei. Die Difu-Dialoge beginnen jeweils um 17 Uhr im Institut. Eine Anmeldung ist aufgrund begrenzter Raumkapazitäten erforderlich. Die Platzvergabe erfolgt nach Eingang der Anmeldungen und wird per Mail bestätigt.

### Die Dialoge-Themen 2015/2016:

14. Oktober 2015

Berlin als Pendlerstadt – auf der Suche nach stadtverträglichen Lösungen

11. November 2015

Wohnungsneubau im Akkord. Stehen wir vor einer Renaissance der Großwohnsiedlungen

9. Dezember 2015:

Bürgerticket – Königs- oder Holzweg?

13. Januar 2016 :

Nicht ohne meine Nachbarn!? Interkommunale Kooperation in der „Spreereigion“

10. Februar 2016:

Mehr Mitbestimmung in der Stadt. Chancen und Risiken von Volksentscheiden

16. März 2016:

Online-Handel – Trend oder Hype?

### Weitere Informationen:

Details zu den Einzelthemen und Referenten sind auf der Difu-Website zu finden. Bitte nutzen Sie für Ihre Anmeldung das Online-Eingabefenster der jeweiligen Veranstaltung: [www.difu.de/taxonomy/term/352](http://www.difu.de/taxonomy/term/352)

Katrin Adam

(Anmeldung/Verteiler)

Telefon: 030/39001-215

E-Mail: [adam@difu.de](mailto:adam@difu.de)

Sylvia Koenig (Organisation)

Telefon: 030/39001-258

E-Mail: [koenig@difu.de](mailto:koenig@difu.de)

Cornelia Schmidt

(Presseanfragen)

Telefon: 030/39001-208

[schmidt@difu.de](mailto:schmidt@difu.de)

## Difu-Intern: Abschied und Neubeginn

Ende Juni hat **Nadine Appelhans** das Difu verlassen. Sie war wissenschaftliche Mitarbeiterin im Arbeitsbereich Mobilität und Infrastruktur in den Themenfeldern „Städtische Mobilität“ und „Wasserinfrastruktursysteme“. Schwerpunktmäßig arbeitete sie im Projekt „Konzepte für urbane Regenwasserbewirtschaftung und Abwassersysteme (KURAS)“. Daneben hat sie im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitforschung der „Modellregionen Elektromobilität“ das Themenfeld Stadtentwicklung und Verkehr tatkräftig unterstützt, an der Veröffentlichung „Elektromobilität in der kommunalen Umsetzung“ mitgewirkt und war maßgeblich an der Konzeption und Realisation der Difu-Veröffentlichung „Dynamischer Technologiewandel und kommunale Planungshorizont – Elektromobilität als Beispiel für die Einführung von Innovationen“ beteiligt.

**Uta Bauer** arbeitet seit August 2015 als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Arbeitsbereich Mobilität. Sie studierte Geografie an der Philipps-Universität Marburg und war mehrere Jahre als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Geografischen Institut der FU Berlin in Forschung und Lehre tätig. Verwaltungserfahrung sammelte Bauer als Referentin für Stadt-, Verkehrsplanung und Wohnen bei der Stadt Frankfurt/Main. Seit 1998 leitete und bearbeitete Uta Bauer im eigenen Büro BiP Berlin diverse Forschungsprojekte im Auftrag verschiedener Bundesministerien. Ihre Themenschwerpunkte sind Nahmobilität, barrierefreie Mobilität, Wohnstandortwahl, Siedlungsentwicklung, Verkehr sowie gender- und zielgruppenorientierte Planung. Uta Bauer ist Gastmitglied der Kommission „Frauen in der Stadt“ des Deutschen Städtetages.



Nadine Appelhans  
Foto: Steffen Weigelt



Uta Bauer  
Foto: Bettina Keller



Gudrun Kirchhoff  
Foto: Difu



Tobias Klein  
Foto: privat



Anja Kleppek  
Foto: Difu



Angela Kohls  
Foto: privat



Sandra Wagner-Endres  
Foto: privat

**Gudrun Kirchhoff** ist seit Juli 2015 als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Arbeitsbereich Stadtentwicklung, Recht, Soziales tätig. Sie ist stellvertretende Projektleiterin im Projekt „Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten im ländlichen Raum – sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe“. Kirchhoff ist Diplom-Sozialwissenschaftlerin und hat an der FU Berlin studiert. Nach verschiedenen beruflichen Stationen im wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Bereich in Berlin und Brandenburg war sie in der Schader-Stiftung in Darmstadt als Projektkoordinatorin für Forschungsprojekte im Bereich Migration und Integration im Sozialraum tätig.

Seit Mitte August 2015 verstärkt **Dipl.-Geogr. Tobias Klein** als wissenschaftlicher Mitarbeiter den Arbeitsbereich Mobilität und Infrastruktur, wo er schwerpunktmäßig Aufgaben in der Fahrradakademie übernehmen wird. Nach dem Studium der Angewandten Geographie/Raumentwicklung an der Universität Trier arbeitete er bei den Eisenbahnen und Verkehrsbetrieben Elbe-Weser als Referent für Qualität und Marketing. Seit 2010 war Tobias Klein Redakteur für Fahrrad- und Wanderreiseführer beim Verlag Esterbauer. Zwischen 2008 und 2010 reiste er für 19 Monate mit dem Fahrrad um die Welt: [www.weltperrad.de](http://www.weltperrad.de).

**Anja Kleppek** verstärkt seit Mai 2015 das Team des Bereichs Fortbildung. Als Assistentin ist sie mit der Organisation, Betreuung und Abwicklung von Veranstaltungen und Seminaren betraut. Sie ist Veranstaltungskauffrau und war vor ihrer Tätigkeit am Difu viele Jahre in der Branche „Erneuerbare Energien“ im Veranstaltungsmanagement beschäftigt.

**Angela Kohls**, die seit Juni 2014 Wissenschaftlerin im Arbeitsbereich Mobilität und Infrastruktur war, hat das Difu Ende August verlassen, um sich einer neuen beruflichen Aufgabe zuzuwenden. Sie hat vor allem Projekte zum Radverkehr bearbeitet. So hat sie



Daniel Zwicker-Schwarm  
Foto: David Ausserhofer

Veranstaltungen der Fahrradakademie konzipiert und moderiert, war in den Projekten eBikePendeln und FahrRat tätig. Darüber hinaus hat sie an weiteren Veranstaltungen und Publikationen mitgewirkt, zum Beispiel einem Seminar zum Thema „Fernbusse“.

**Sandra Wagner-Endres** ist seit Juni 2015 als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Arbeitsbereich Wirtschaft und Finanzen des Difu tätig. Sie arbeitet dort in den Schwerpunkten Wirtschaftsförderung und nachhaltiges Wirtschaften. Wagner-Endres ist Diplom-Ingenieurin der Landschaftsplanung und studierte an der TU Berlin. Zuvor war sie in einem regionalwirtschaftlichen Beratungsunternehmen in Berlin tätig und arbeitete an Strategien und Konzepten für lokale Unternehmensnetzwerke sowie kommunale Wirtschaftsförderungseinrichtungen – u.a. am Stadtentwicklungsplan Industrie und Gewerbe für Berlin. Im Rahmen des Bundesförderprogramms „Gesellschaftliche Verantwortung im Mittelstand“ unterstützte sie Unternehmen bei der Entwicklung und Umsetzung von Methoden der nachhaltigen Unternehmensführung und war als Projektmanagerin für das Regionalmanagement Moabit West (Berlin) mit dem Schwerpunkt Green Moabit zuständig.

**Daniel Zwicker-Schwarm** kam im Jahr 2004 als wissenschaftlicher Assistent des damaligen Institutsleiters Prof. Dr. Heinrich Mäding ans Difu. Seit 2006 war er als Projektleiter und wissenschaftlicher Mitarbeiter im Arbeitsbereich Wirtschaft und Finanzen tätig. Schwerpunkte seiner Arbeit waren die kommunale und regionale Wirtschaftsförderung, nachhaltiges Flächenmanagement sowie die europäische Zusammenarbeit von Kommunen und Regionen. Damit konnte er inhaltlich an seine praktischen Erfahrungen als Wirtschaftsförderer bei der Region Stuttgart anknüpfen. Zuvor hatte Zwicker-Schwarm in Konstanz und New Brunswick (USA) Verwaltungswissenschaften und Urban Planning studiert. Nach über einem Jahrzehnt in der Hauptstadt ist er mit seiner Familie an den Bodensee zurückgekehrt und verstärkt seit Juli 2015 als Projektleiter das Forschungszentrum Regional Science am Institut für Systemisches Management und Public Governance (IMP-HSG) an der Universität St. Gallen. Das Difu wird mit ihm auch in seiner neuen Tätigkeit die fachliche Kooperation fortsetzen.

# Auswahl neuer Veröffentlichungen im Difu-Inter- und -Extranet

Online-Publikationen, Seminardokus, Vorträge

## Veröffentlichungen

### Difu-Berichte Heft 3/2015

<http://www.difu.de/publikationen/difu-berichte-aktuell>

### Planspiel „Lärmaktionsplanung“ im Rahmen des Masterplans Umwelt und Gesundheit NRW

<http://bit.ly/1DK1ntv>

### Graue Literatur zur Stadt-, Regional- und Landesplanung 1/2015

<http://bit.ly/1OFKBg6> (Extranet)

### Kommunale Lärmaktionsplanung

<http://bit.ly/1ML1ibX>

### Akzeptanz von Grauwasserbehandlung und Wärmerückgewinnung im Wohnungsbau

<http://bit.ly/1NIshtY>

### KommAKlima – Hinweise 7

Handlungsempfehlungen für Kommunen zur Klimaanpassung in den Themenschwerpunkten Planen und Bauen sowie Umwelt und Natur  
<http://bit.ly/1J5Pa32>

### KommAKlima – Hinweise 4

Klimaanpassung in der Kommune organisieren und strukturieren – Ergebnisse einer Werkstattreihe in den Themenschwerpunkten Planen und Bauen sowie Umwelt und Natur  
<http://bit.ly/1gw1rCC>

## Veranstaltungsdokumentation

### Umsetzung von Maßnahmen zur Lärm-minderung: Synergien durch integrierte Planung

<http://bit.ly/1K1ykl7> (Extranet)

### Ansprechpartnertreffen 2015 des Deutschen Instituts für Urbanistik

<http://bit.ly/1K5I5RU> (Extranet)

### Von Kommunen für Kommunen: Das aktuelle europäische Beihilferecht in der Praxis

<http://bit.ly/1gZHQvv> (Extranet)

### Kommunale Liegenschaftspolitik

<http://bit.ly/1DK28Tw> (Extranet)

### 45. Interkommunaler Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung und Sozialplanung

<http://bit.ly/1UGDR8A> (Extranet)

### Städtebaurecht aktuell

<http://bit.ly/1gZHTaE> (Extranet)

## Vorträge

### Smart City – Herausforderungen für die Stadtentwicklung

Von Jens Libbe  
<http://bit.ly/1FM13rh> (Extranet)

### „Parking standards“ and „mobility management“ are the two sides of the same coin!?!

Von Martina Hertel  
<http://bit.ly/1Tp9i1k> (Extranet)

### Learning to Share for Better Cities

Von Tilman Bracher  
<http://bit.ly/1NlIfGr> (Extranet)

### EBikePendeln im Rahmen des betrieblichen Mobilitätsmanagements – Erste Zwischenergebnisse

Von Martina Hertel  
<http://bit.ly/1DFMdpD> (Extranet)

### Stadt und Verkehr – Lösungen für die urbane Mobilität

Von Tilman Bracher  
<http://bit.ly/1J9qWqs> (Extranet)



## Infos im Difu-Extranet

Im Difu-Extranet sind Vorträge, Seminardokumentationen und -berichte, Veröffentlichungen und viele weitere kommunalbezogene Informationen zu finden. Über die Difu-Homepage gelangen Zuwender an diese exklusiven Informationen über die Rubriken „Publikationen“ bzw. „Extranet“.

Ausschließlich Rat und Verwaltung aus Difu-Zuwenderstädten bzw. -Verbänden haben kostenfreien Zugang zum Difu-Extranet: [www.difu.de/extranet/](http://www.difu.de/extranet/)

Übersicht der Difu-Zuwender: <http://www.difu.de/institut/zuwender>

## Weitere Informationen:

Susanne Plagemann, M.A.  
Telefon: 030/39001-274  
E-Mail: [plagemann@difu.de](mailto:plagemann@difu.de)



## Das Difu auf Facebook

Die Neuigkeiten aus dem Difu gibt es auch auf Facebook. Die Seite ist öffentlich zugänglich, auch ohne eigenen Facebook-Account.  
<https://www.facebook.com/difu.de>

## Weitere Informationen:

Sybille Wenke-Thiem  
Telefon: 030/39001-209  
E-Mail: [wenke-thiem@difu.de](mailto:wenke-thiem@difu.de)



Foto: Doris Reichel

## Difu aktiv-Ticker – Auswahl

**Dr. Elke Becker** referierte am 11.7. am Institut für Geographie der Universität Leipzig im Rahmen eines DAAD-Projekts zum Thema „Civil society and Participatory Urban and Regional Planning in Germany.“

**Dr. Stephanie Bock** referierte am 9.7. in Potsdam zum Thema „Stadtentwicklung Gender Klimaschutz“ in einem Workshop zur Umsetzung von Chancengerechtigkeit in Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen, der vom Kompetenznetzwerk Chancengerechtigkeit im Klimawandel (GenderNetClim), vom artec Forschungszentrum Nachhaltigkeit der Universität Bremen und von Gender CC (Women for Climate Justice, Berlin) durchgeführt wurde.

**Christa Böhme** hielt am 8. und 9.6. beim Experten-Workshop „Gesundheitsfördernde Stadtregionen“ des ARL-Arbeitskreises „Planung für gesundheitsfördernde Stadtregionen“ den Vortrag „Integriertes Verwaltungshandeln für eine gesundheitsfördernde Stadtentwicklung“. Am 12.6. moderierte sie auf dem von der BZgA veranstalteten 4. Bundeskongress „Gesund und aktiv älter werden“ das Forum „Gesund älter werden in der Kommune“.

**Tilman Bracher** hielt am 4.6. auf der Weltverkehrskonferenz Velocity in Nantes/Frankreich einen Vortrag über „Rebalancing the Use of Public Space in German Cities“ und stellte gemeinsam mit **Sebastian Bührmann** die Fahrradakademie und das Fahrradportal vor.

**Prof. Dr. Arno Bunzel** und **Dr. Beate Hollbach-Grömig** wurden am 7.7. erneut zu Mitgliedern der Landesgruppe Berlin/Brandenburg/Mecklenburg-Vorpommern der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) berufen.

**Martina Hertel** stellte am 11.6. in Stuttgart auf der „Deutschen Konferenz für Mobilitätsmanagement“ (DECOMM) die ersten Ergebnisse des Projekts „EBikePendeln“ vor.

**Anne Klein-Hitpaß** hielt am 8.6. in Potsdam im Abschlusskolloquium der Projektgruppe „Mobilität und Klimaschutz“ der Stadt Potsdam den Vortrag „Elektromobilität – aktuelle Entwicklungen, Chancen und Probleme für eine nachhaltige Mobilität in den Städten“.

**Dr. Jens Libbe** wirkte am 22.6. im Rahmen des Festivals „Make City“ an einer Podiums-

diskussion der Heinrich-Böll-Stiftung zum Thema „Wie öffentlich und demokratisch sind eigentlich `Urban Commons'? Impulse für die Idee des `Öffentlichen Zwecks'“ mit. Am 9.7. referierte er im Rahmen eines Expertenhearings „Infrastruktur und moderner Staat“ der Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz (ZIRP) zum Thema „Potenziale und Herausforderungen der Digitalisierung für Daseinsvorsorge, Infrastrukturen und neue Geschäftsmodelle“ und am 10.7. an der Evangelischen Akademie Bad Boll zu „Smart City: Herausforderungen für die Stadtentwicklung“.

**Prof. Dipl.-Ing. Martin zur Nedden** ist Mitglied im Expertengremium „Nationale Projekte des Städtebaus“ des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (Jurysitzung/Berufung 29.6.) und Mitglied im Beirat der „Dialogplattform Einzelhandel“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie. Am 22.6. begrüßte Martin zur Nedden die Teilnehmer der von der AG Fachtagungen Jugendhilfe in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag durchgeführten Tagung „Angekommen in Deutschland. Und nun? Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in der Kinder- und Jugendhilfe“ und gab eine inhaltliche Einführung in das Tagungsthema.

**Dr. Bettina Reimann** hielt auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung in einem Workshop, der im Rahmen der „Dialogreihe Stärkung des chinesischen Rechtsstaats: Rechtliche Grundlagen und Praxisbeispiele für lokale Selbstverwaltung in Wohnvierteln“ am 9. und 10.6. in Shanghai durchgeführt wurde, den Vortrag „Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt im Quartier. Erfahrungen aus dem Berliner Quartiermanagement“.

**Ricarda Pätzold** nahm am 10.6. im Rahmen einer Veranstaltung der Degewo „NEU-BAU – innovatives und kostengünstiges Bauen“ an einer Podiumsdiskussion und am 22.6. an der Debatte „Gestaltung und Management: Aufgaben und Verantwortung für Berliner Stadträume“ beim Stadtforum Berlin „Wem gehört der öffentliche Raum“ teil.

**Wolf-Christian Strauss** nahm am 3.6. in Hamburg an einer öffentlichen Veranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion sowie der SPD-Bürgerschaftsfraktion Hamburg „Zukunftsforum – Soziale Stadtentwicklung in der Metropole“ teil und vertrat das Difu auf einem Podium zum Thema „Neue Wege in der Sozialen Stadtteilentwicklung“.

# Mediennachlese – Auswahl

[...] Ähnlich erging es in Leipzig manchen Gebäuden aus der Gründerzeit. Sie verroteten, fielen Vandalen zum Opfer oder wurden mit schrillen Graffitis bemalt. „Um diese Häuser vor dem Verfall zu retten, gründete sich eine Initiative mit dem Grundprinzip Hauserhalt durch Nutzung“, beschreibt Martin zur Nedden, Leiter des Deutschen Instituts für Urbanistik (difu) in Berlin, die Idee der „Wächterhäuser“. Leer stehende Gebäude werden Interessenten – häufig Kreativen – für kaum mehr als die Betriebskosten zur Zwischennutzung überlassen, bis ein Investor gefunden wird. Eine Win-Win-Situation für alle Seiten [...] „Die Bereitschaft mitzuwirken, besteht eher bei Eigentümern in Städten, die zurzeit nicht so stark wachsen“, räumt zur Nedden ein. Aber selbst im boomenden Berlin gibt es inzwischen „Wächter“, die in einer alten Schule oder einem stillgelegten Krankenhaus wohnen. [...] **Bild der Wissenschaft, September 2015**

[...] „Es ist nachgewiesen, dass mit dem Klimawandel Starkregen häufiger auftritt“, sagt Landrat Bernd Lütjen. [...] Unterstützt wird die aus dem Kreis Osterholz, Ritterhude, Hambergen und Lilienthal bestehende Projektgruppe „Starkregen-Ereignis“ von der 2014 gegründeten Interkommunalen Koordinierungsstelle Klimaanpassung (InKoKa). [...] Aus einem Workshop des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu), an dem sich die Kreisgemeinden samt Kreisverwaltung beteiligten, entwickelte sich die Idee der Projekt-Gruppe. Gleichzeitig erhielten die Osterholzer vom Difu den Tipp, dass die Metropolregion beantragt habe, Koordinierungsstelle für Klimaanpassung zu werden und damit Ansprechpartner für sie sein könnte, berichtet Richard Eckermann, Dezernent beim Landkreis Osterholz [...] **Weserkurier, 19.8.2015**

[...] „Der Druck auf den Wohnungsmarkt ist groß. An vielen Orten herrscht ein Versorgungsdefizit“, sagt Ricarda Pätzold vom Deutschen Institut für Urbanistik (DIFU). Dabei ist die Zahl der Wohnungen in vielen Städten in den vergangenen Jahrzehnten sogar stark gestiegen [...] Doch die Menschen beanspruchen immer mehr Wohnfläche für sich, erläutert Pätzold: „In den neuen Bundesländern standen nach der Wende pro Person 25 Quadratmeter zur Verfügung, jetzt sind es 41 Quadratmeter.“ Bundesweit stieg laut Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung die Pro-Kopf-Wohnfläche zwischen 1998 und 2013 von 39 auf 45 Quadratmeter. [...] **Alfelder Zeitung, 4.8.2015**

[...] Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung gab den Startschuss für den Bundeswettbewerb „Gesund älter werden in der Kommune – bewegt und mobil“. Im Mittelpunkt des vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) betreuten Wettbewerbs steht die Bewegungs- und Mobilitätsförderung älterer Menschen. [...] Eingeladen zur Teilnahme sind alle deutschen Städte, Gemeinden und Landkreise. [...] **greenbuilding, 1.8.2015**

[...] Seit Anfang 2014 beteiligte sich der Verband Region Rhein-Neckar an dem internationalen Forschungsprojekt „Spatial Planning and Energy for Communities in all Landscapes (SPECIAL)“, das im Rahmen des EU-Programms Intelligent Energy Europe (IEE) gefördert wurde. Projektziel war es, erneuerbare Energien sowie Energieeffizienz besser in kommunale und regionale Planungsprozesse zu integrieren [...] Unter der Federführung des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) wurden auf nationaler Ebene gemeinsam mit fünf sogenannten „Multipliern“ spezifische Trainingskurse entwickelt, die dann vor Ort umgesetzt wurden. Neben dem Verband Region Rhein-Neckar beteiligte sich der Regionalverband Ruhr (RVR), die Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung e.V. (SRL), der Verband Region Stuttgart (VRS) sowie der Regionalverband Frankfurt RheinMain [...] **Econo Rhein-Neckar, 17.7.2015**

[...] Die Stadt Harnburg regt sogenannte Radschnellwege im Umland an, um Pendler dazu zu bewegen, vom Auto aufs Rad umzusteigen. [...] Als Vorbild dienen Verbindungen aus dem niederländischen und skandinavischen Raum. [...] Tilman Bracher vom Deutschen Institut für Urbanistik in Berlin stellt noch weitere positive Nebeneffekte heraus: „Außer der Senkung der Luftbelastung und verringerter CO<sub>2</sub>-Emission wird durch die gut sichtbaren und breiten Wege das Unfallrisiko gesenkt. Auch birgt das Umdenken in Richtung Radschnellwege Chancen für städtebauliche Umgestaltungen.“ [...] **Kreiszeitung Nordheide Elbe Geest, 11.7.2015**

[...] Prof. Dipl.-Ing. Martin zur Nedden, Wissenschaftlicher Direktor und Geschäftsführer des Deutschen Instituts für Urbanistik, Berlin: Der sogenannte „Online-Handel“ birgt für die Stadtentwicklung sowohl Chancen als auch Risiken. Einerseits kann er zum Beispiel in dünn besiedelten Räumen zur Gewährleistung der Versorgungsqualität und



## Berichte

Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Standpunkte des Deutschen Instituts für Urbanistik

## Herausgeber

Deutsches Institut für Urbanistik  
Zimmerstraße 15, 10969 Berlin

## Redaktion

Yannick Ecker (studentischer Mitarbeiter)  
Cornelia Schmidt (Red.-Assist.)  
Johanna Steger (Praktikantin)  
Sybille Wenke-Thiem (V.i.S.d.P.)

## Layout + DTP

Elke Postler  
Eva Hernández (Titel)

## Buchbestellung (bitte schriftlich):

Telefax: 030/39001-275  
E-Mail: [vertrieb@difu.de](mailto:vertrieb@difu.de)  
Telefon: 030/39001-253

## Redaktionskontakt und Berichte-Verteiler

Difu-Pressestelle  
Telefon: 030/39001-208/-209  
Telefax: 030/39001-130  
E-Mail: [presse@difu.de](mailto:presse@difu.de)

## Difu online:

<http://www.difu.de>  
<https://www.facebook.com/difu.de>

## Jahrgang/Erscheinungsweise

Jahrgang 41/vierteljährlich  
Stand: 14. September 2015

## ISSN

ISSN 1439-6343

## Lesbarkeit

Nur zur einfacheren Lesbarkeit und aufgrund des wenigen verfügbaren Platzes verzichten wir darauf, männliche *und* weibliche Schreibformen zu verwenden.

## Druck

AZ Druck und Datentechnik GmbH, Berlin. Gedruckt auf umweltfreundliches Papier ohne optische Aufheller; holz- und chlorfrei.

## Abdruck

Frei, bei Nennung der Quelle. Belegexemplar/-Link/-PDF an die Difu-Pressestelle erbeten: [presse@difu.de](mailto:presse@difu.de) oder per Post, s.o.

damit zu ihrer Stabilisierung beitragen oder die Nahversorgung besonders der im Zuge des demografischen Wandels an Zahl zunehmenden Gruppe älterer Bürgerinnen und Bürger unterstützen. Andererseits kann eine Schwächung des stationären Einzelhandels und damit von städtischen Zentren die Folge sein. Daher bedarf es Strategien und Maßnahmen zur Mobilisierung der nach wie vor vorhandenen Potenziale zu seiner Unterstützung von öffentlicher Hand und Wirtschaft. Nur gemeinsam wird es gelingen, eine nachhaltige Entwicklung von Einzelhandel und Stadt zu gewährleisten

### Public Marketing, 1.7.2015

[...] Das „OB-Barometer 2015“, eine erstmals durchgeführte Umfrage des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) unter den (Ober-)Bürgermeister/-innen großer Städte in Deutschland, zeigt: Die angemessene Versorgung und Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern stellt aus Sicht der Stadtspitzen derzeit die drängendste Herausforderung dar. Die Befragten geben nicht nur an, dass das Thema ihre eigene Stadt aktuell besonders beschäftigt. Ihrer Einschätzung nach ist dies auch für die Kommunen in Deutschland insgesamt die drängendste Herausforderung. [...]

### Public Manager, 29.6.2015

[...] Eine aktuelle Städtebefragung, die das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) durchgeführt hat, zeigt, dass Elektromobilität vor Ort von kommunalen Verwaltungen und kommunalen Unternehmen voran getrieben wird. [...] 193 deutsche Städte über 20.000 Einwohner wurden für die Untersuchung befragt. Eines der Ergebnisse: Knapp 80 Prozent der Städte setzen sich laut Ergebnis mit Elektromobilität auseinander [...]

### erneuerbare energien.de, 15.6.2015

[...] Die Studie zeigt: Bei der städtebaulichen Weiterentwicklung und baulichen Erneuerung großer Wohnsiedlungen wird vielfältig vorgegangen – von der behutsamen Bestandserneuerung über den grundhaften Umbau bis hin zu Abriss und Ersatzneubau. [...] Die Erneuerung und Weiterentwicklung dieser Bestände ist eine Bauaufgabe mit immensem Investitionsbedarf, der in der vom Kompetenzzentrum Großsiedlungen e.V. gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Urbanistik erarbeiteten Studie bis 2030 mit insgesamt 90 Milliarden Euro beziffert wird. Bauliche Standards, Alter und Qualität der Bestände führen zu lokal spezifischem, in der Regel erheblichem Erneuerungsbedarf. [...] Der Langfristige Kredit, 1.6.2015

[...] In florierenden Großstädten sind direkte Zuschüsse an bau- und kaufwillige Familien seltener. Grund und Boden ist hier meist so knapp und teuer wie das Wohnraumangebot. „Kommunale Programme zur Förderung des Mietwohnungsbaus für ganz bestimmte Gruppen finden sich vorrangig in den Großstädten, während kleinere Städte meist ausschließlich Eigentumserwerb fördern“, erläutert Ricarda Pätzold vom Deutschen Institut für Urbanistik. Die Zielgruppe Familie aber haben alle im Blick – ob als Mieter oder Käufer. [...] Das Haus, Juni 2015

Zahlensalat: Die Klage ist des Kämmerers Lied – diese leicht abgewandelte Lebensweisheit gilt in den meisten Kommunen Deutschlands. Zwar schlossen die Städte und Gemeinden 2014 voraussichtlich mit leichtem Überschuss ab – es wäre das dritte Jahr in Folge. Doch ihre jeweilige Finanzlage unterscheidet sich gravierend, zeigt das Kommunalpanel der KfW, das auf einer Umfrage des Deutschen Instituts für Urbanistik beruht. Unter den 475 beteiligten Gemeinden und Landkreisen ist demnach zwar 2014 der Anteil mit guter Finanzsituation von 13 auf 20 Prozent gewachsen, andererseits werden aber wohl mehr als ein Viertel der Kämmerer keinen ausgeglichenen Haushalt schaffen. Und für die Zukunft sehen sie schwarz.

### Welt am Sonntag, 31.5.2015

[...] Bisher wurden in NRW die ersten 105 der 375 Brücken auf Bundesfernstraßen geprüft. Das Ergebnis war ernüchternd: 50 müssen kurzfristig verstärkt, auf Dauer sogar 84 neu gebaut werden. [...] Dabei ist vor allem die steigende Belastung der Straßen und Brücken durch schwere Lastwagen ein Problem. So verursacht ein 40-Tonner so große Schäden wie 1000 Autos. Schon 2013 hatte das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) in einer Studie Alarm geschlagen: Danach müssten mindestens die Hälfte der bundesweit 67 000 kommunalen Brücken bis 2030 entweder saniert oder komplett neu gebaut werden. [...]

### Kölnische Rundschau, 18.5.2015

[...] Nicht nur das Wissenschaftsjahr 2015, sondern auch die Ausstellung an Bord der MS Wissenschaft steht ganz im Zeichen der „Zukunftsstadt“. [...] Es geht um Mobilität und Vernetzung, Energie und Klima, aber auch um Natur in der Stadt, um neue Wohnformen und soziale und wirtschaftliche Entwicklungen. Das Deutsche Institut für Urbanistik ist auch mit an Bord und beteiligt sich mit einer Online-Umfrage. Dabei werden die Besucher zu einer kleinen Zeitreise in die Zukunft eingeladen [...]

### innovative verwaltung, Mai 2015

**Rechnungsadresse:**

**Versandkostenpauschale:** innerhalb Deutschlands bei einem Bestellwert bis zu 29,- Euro: 2,50 Euro (Difu-Zuwender sowie der Buchhandel sind davon ausgenommen). Über 29,- Euro Bestellwert: kostenfrei.

Vorname und Name:

Institution/Dienststelle:

Adresse:

Telefon/Telefax:

E-Mail:

Datum/Unterschrift:

**Lieferadresse, nur ausfüllen falls abweichend von der Rechnungsadresse:**

Vorname und Name:

Institution/Dienststelle:

Adresse:

**Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Newsletter auf** (erscheint kostenfrei alle ein bis zwei Monate und enthält Links zu neuen Inhalten im Difu-Webangebot).

## Difu-Impulse

**\_\_ Expl. Mehr Wirkungsorientierung in Kommunen**

NEU

Bedingungen für eine veränderte politisch-administrative Steuerung  
Von Stefan Schneider  
Bd. 4/2015. Ca. 220 S., Schutzgebühr ca. 23,- Euro  
ISBN 978-3-88118-545-5, in Vorbereitung

**\_\_ Expl. Elektromobilität: im Spannungsfeld technologischer Innovation, kommunaler Planung und gesellschaftlicher Akzeptanz**

NEU

Nadine Appelhans, Jürgen Gies, Anne Klein-Hitpaß (Hrsg.)  
Bd. 3/2015. Ca. 150 S., Schutzgebühr ca. 20,- Euro  
ISBN 978-3-88118-544-8, in Vorbereitung

**\_\_ Expl. Kommunen für Energieeffizienz**

Dokumentation des 19. Deutschen Fachkongresses der kommunalen Energiebeauftragten am 7./8. April 2014 in München  
Cornelia Rösler (Hrsg.)  
Bd. 2/2015. 214 S., Schutzgebühr 23,- Euro  
ISBN 978-3-88118-543-1

**\_\_ Expl. Kommunale Impulse für Nachhaltiges Wirtschaften**

Deutscher Städtetag (DST) und Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) (Hrsg.)  
Bd. 1/2015. 68 S., zahlreiche Fotos, Schutzgebühr 15,- Euro  
ISBN 978-3-88118-538-7

**\_\_ Expl. Generationengerecht und handlungsfähig bei leistungsfähiger Infrastruktur**

Ansatzpunkte für eine nachhaltige Finanzplanung im Konzern Stadt – Das Beispiel der Stadt Köln  
Von Stefan Schneider, C.-A. Goerl und Michael Thöne  
Bd. 3/2014. 54 S., Schutzgebühr 15,- Euro  
ISBN 978-3-88118-531-8

## Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe

**\_\_ Expl. Angekommen in Deutschland. Und nun?**

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in der Kinder- und Jugendhilfe, Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe im Deutschen Institut für Urbanistik (Hrsg.)  
2015. Bd. 99. 290 S., 19,- Euro, ISBN 978-3-88118-555-4

**\_\_ Expl. Noch Raum für offene Jugendarbeit?**

Zwischen virtuellen Lebensräumen, Schulstress und Real-Life  
Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe im Deutschen Institut für Urbanistik (Hrsg.)  
2015. Bd. 98. 188 S., 19,- Euro  
ISBN 978-3-88118-554-7

## Difu-Papers (für Difu-Zuwender auch als PDF)

**\_\_ Expl. Kommunale Wohnraumförderung in Deutschland – eine Momentaufnahme**

NEU

Von F. Frölich von Bodelschwingh und R. Pätzold  
2015. Ca. 28 S., Schutzgebühr 5,- Euro (in Vorbereitung)

**\_\_ Expl. Kommunale Lärmaktionsplanung**

NEU

Von der Planung zur Aktion  
Von Kathrin Schormüller und Nicole Langel  
2015. 24 Seiten (nur online), kostenlos  
Download: <http://bit.ly/1bLNf5C>

**\_\_ Expl. „Ich bleibe hier“: Daten und Fakten zur Wohneigentumsbildung von Zuwanderern**

Von Bettina Reimann, Beate Hollbach-Grömig und Detlef Landua  
2015. 32 S., Schutzgebühr 5,- Euro

## Edition Difu – Stadt Forschung Praxis

**\_\_ Expl. Sicherheit in der Stadt**

Rahmenbedingungen – Praxisbeispiele – Internationale Erfahrungen  
Holger Floeting (Hrsg.)  
2015. Bd. 14. 392 S., zahlreiche Abbildungen, 39,- Euro, ISBN 978-3-88118-534-9

**\_\_ Expl. Orientierungen für kommunale Planung und Steuerung – Ein Handlungsleitfaden**

Jens Libbe unter Mitarbeit von Klaus J. Beckmann (im Auftrag der Wüstenrot Stiftung)  
2014. Bd. 13. 212 S., 29,- Euro  
ISBN 978-3-88118-529-5

**\_\_ Expl. Städtebauliche Verträge – Ein Handbuch**

Vierte, aktualisierte und erweiterte Auflage.  
Mit Berücksichtigung der BauGB-Novelle 2013  
Von A. Bunzel, D. Coulmas und G. Schmidt-Eichstaedt  
2013. Bd. 12. 466 S., 39,- Euro  
ISBN 978-3-88118-508-0

**\_\_ Expl. Nicht weniger unterwegs – sondern intelligenter?**

Neue Mobilitätskonzepte  
Klaus J. Beckmann und Anne Klein-Hitpaß (Hrsg.)  
2013. Bd. 11. 320 S., zahlreiche Abbildungen, 39,- Euro, ISBN 978-3-88118-521-9

## Zeitschriften

**\_\_ Expl. Informationen zur modernen Stadtgeschichte**

NEU

IMS, Halbjahresschrift, Heft 1/2015  
Stadt und Infrastruktur  
192 S., Einzelheft 12,- Euro,  
Jahresabo (zwei Hefte) 19,- Euro

**Rechnungsadresse:**

Vorname und Name:

Institution/Dienststelle:

Adresse:

Telefon/Telefax:

E-Mail:

Datum/Unterschrift:

**Lieferadresse, nur ausfüllen falls abweichend von der Rechnungsadresse:**

Vorname und Name:

Institution/Dienststelle:

Adresse:

**Versandkostenpauschale:** innerhalb Deutschlands bei einem Bestellwert bis zu 29,- Euro: 2,50 Euro (Difu-Zuwender sowie der Buchhandel sind davon ausgenommen). Über 29,- Euro Bestellwert: kostenfrei.

**Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Newsletter auf** (erscheint kostenfrei alle ein bis zwei Monate und enthält Links zu neuen Inhalten im Difu-Webangebot).

**Difu-Arbeitshilfen****Expl. Datenschutz und Informationsfreiheit in der Kommune**

4., völlig neu bearbeitete Auflage  
Von Martin Zilkens  
2014. 208 S., inklusive Checklisten und Muster, 30,- Euro  
ISBN 978-3-88118-536-3

**Expl. Die Satzungen nach dem Baugesetzbuch**

3. Auflage unter Berücksichtigung des  
Innenentwicklungsgesetzes 2013  
A. Bunzel (Hrsg.), von A. Strunz, M.-L. Wallraven-Lindl  
2013. 172 S., zahlreiche Satzungsmuster, 29,- Euro  
ISBN 978-3-88118-526-4

**Expl. Das Bebauungsplanverfahren nach dem BauGB 2007**

Muster, Tipps und Hinweise  
Von Marie-Luis Wallraven-Lindl, Anton Strunz, Monika Geiß  
2011. 2., aktualisierte Auflage, 224 S., 35,- Euro  
ISBN 978-3-88118-498-4

**Expl. Städtebauliche Gebote nach dem Baugesetzbuch**

A. Bunzel (Hrsg.), von M.-L. Wallraven-Lindl, A. Strunz  
2010. 188 S., 30,- Euro, ISBN 978-3-88118-486-1

**Sonderveröffentlichungen** (teilweise auch/nur als Download)

NEU

**Planspiel „Lärmaktionsplanung“ im Rahmen des Masterplans Umwelt und Gesundheit NRW**

PDF

Abschlussbericht  
Von Thomas Preuß, Kathrin Schormüller, Antje Janßen  
2015. 86 S., Download: <http://bit.ly/1DK1ntv>

NEU

**KommAKlima – Hinweise 4 und 7**

PDF

Kommunale Strukturen, Prozesse und Instrumente zur  
Anpassung an den Klimawandel in den Bereichen Planen,  
Umwelt und Gesundheit  
Von Vera Völker, Anna-Kristin Jolk, Nicole Langel,  
Luise Willen, Difu (Hrsg.), BMUB (Auftraggeber)  
2015. 65 S./11 S., Downloads: <http://bit.ly/1gw1rCC>  
(Hinweise 4), <http://bit.ly/1J5Pa32> (Hinweise 7)

PDF

**Transnationale Perspektiven für den Mittelstand**

Wie Interreg B kleine und mittlere Unternehmen  
unterstützt  
Von Beate Hollbach-Grömig, Holger Floeting und  
Daniel Zwicker-Schwarm, BBSR (Hrsg.)  
2015. 36 S., vierfarbig  
Bestellung der Printfassung: [Beatrix.Thul@bbr.bund.de](mailto:Beatrix.Thul@bbr.bund.de),  
Stichwort „KMU“, Download: <http://bit.ly/1Fhnat0>

**Expl. Elektromobilität in Kommunen – ein Stimmungsbild**

NEU

PDF

Ergebnisse der Difu-Städtebefragung 2014  
Von Anne Klein-Hitpaß und Ricarda Pätzold, Bundes-  
ministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (Hrsg.)  
2015. 60 S., zahlreiche Fotos, kostenlos,  
Download unter: <http://bit.ly/1JDUPes>

**Expl. Push & Pull**

NEU

PDF

16 gute Gründe für Parkraummanagement  
Martina Hertel, Jörg Thiemann-Linden u.a. (Bearb.),  
Push&Pull Consortium (Hrsg.)  
2015. 20 S., vierfarbig, zahlreiche Fotos  
Download: <http://bit.ly/1F9SJyT>

**Expl. Kleine Kommunen – Groß im Klimaschutz**

PDF

Die Förderung kleiner und mittlerer Kommunen im  
Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative  
L. Krampe u.a. (Bearb.), SK:KK (Hrsg.)  
2015. 52 S., vierfarbig, zahlreiche Fotos, kostenlos  
Download: <http://bit.ly/1crMSxV>

**Expl. Intelligente und multifunktionelle Infrastruktursysteme für eine zukunftsfähige Wasserversorgung und Abwasserentsorgung**

PDF

Zwischenergebnisse aus den INIS-Projekten  
Daria Nickel u.a. (Bearb.), Difu (Hrsg.)  
2015. 48 S., vierfarbig, zahlreiche Fotos, kostenlos  
Download: <http://bit.ly/1KYVNmz>

**Expl. Klimaschutz & Klimaanpassung**

PDF

Wie begegnen Kommunen dem Klimawandel?  
Beispiele aus der kommunalen Praxis  
Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler  
Klimaschutz (Hrsg.), 2015. 104 S., kostenlos  
Download: <http://bit.ly/1MpntEV>

**Expl. Kommunaler Klimaschutz 2014**

PDF

Wettbewerb. Die Preisträger und ihre Projekte  
SK:KK (Hrsg.)  
2015. 124 S., vierfarbig, zahlreiche Fotos, kostenlos  
Download: <http://bit.ly/1QEv7ut>

**Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum**

PDF

Von Christa Böhme u.a., Umweltbundesamt (Hrsg.)  
2015. 158 S.  
Download: <http://bit.ly/1H0ePoF>

**Expl. Radverkehr in Deutschland**

PDF

Zahlen, Daten, Fakten  
Difu und BMVI (Hrsg.), 2014. 40 S., zahlr. Abb., kostenlos  
Download: <http://bit.ly/1FhmrlI>

**Expl. Auf dem Weg zu einer kommunalen Beteiligungskultur: Bausteine, Merkposten und Prüffragen**

Von S. Bock, B. Reimann und K. J. Beckmann  
2013. 100 S., 14,- Euro, ISBN 978-3-88118-524-0